

**Die Entwicklung rechtsextremistischer Aktivitäten in
Mecklenburg-Vorpommern in den Jahren 1992 - 2002**

INHALT

Einleitung	Seite 2
Zum Begriff des Rechtsextremismus	Seite 2
Zu den Ursachen des Rechtsextremismus	Seite 4
Die Entwicklung des Rechtsextremismus im Lande Mecklenburg-Vorpommern	Seite 7
Rechtsextremismus in der DDR	Seite 7
Ereignisübersicht (Auswahl)	Seite 7
Territoriale Verteilung der Skinheads in der DDR im Oktober 1988 (absolute Zahl und prozentualer Anteil an der Gesamt-DDR-Zahl)	Seite 9
Die Entwicklung seit 1990	Seite 11
Vorbemerkung	Seite 11
<i>Exkurs: Rostock-Lichtenhagen im August 1992</i>	Seite 11
Subkultureller Rechtsextremismus und Neonazismus	Seite 13
Rechtsextremistische Skinheads und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten	Seite 13
Skinheadmusik	Seite 20
Neonazismus	Seite 22
Rechtsextremistische Parteien	Seite 29
Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	Seite 29
Die „Deutsche Volksunion“ (DVU) und „Die Republikaner“ (REP)	Seite 33
Aktivitäten der „Deutschen Volksunion“ (DVU) in MV	Seite 34
Aktivitäten der „Republikaner“ (REP) in MV	Seite 36
Rechtsextremistische Kommunikationsmedien	Seite 37
Mailboxen	Seite 37
Rechtsextremistische Infotelefone	Seite 37
Internet	Seite 38
Ausblick	Seite 40

I. Einleitung

Vor mehr als 10 Jahren (18.03.1992) trat das Verfassungsschutzgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Kraft.

Damit erhielt die Abt. II 5 u.a. den Auftrag, verfassungsfeindliche Bestrebungen im Lande zu beobachten. Sehr rasch stellte sich der Rechtsextremismus als ein Arbeitsschwerpunkt heraus. Nachfolgend soll eine Bilanz der Entwicklung im Lande gezogen sowie ein Ausblick in die Zukunft gewagt werden.

II. Zum Begriff des Rechtsextremismus

In den Sozialwissenschaften „herrscht keine Einigkeit darüber, wofür der Ausdruck ‚Rechtsextremismus‘ genau steht“.¹

Dies liegt zum einen daran, dass der Rechtsextremismus an sich über kein homogenes ideologisches Konzept verfügt. Die Spannbreite rechtsextremistischer Weltanschauungen reicht von cäsaristischen Staatsvorstellungen bis hin zum Nationalsozialismus, der sicherlich am ehesten als strukturierte Ideologie zu bewerten ist. Zum anderen liegt es an den unterschiedlichen Standpunkten der jeweils Definierenden.

Juristisch betrachtet, handelt es sich um Bestrebungen gegen die verfassungsgerichtlich definierte freiheitliche demokratische Grundordnung, wobei unter Bestrebungen politisch bestimmte, ziel – und zweckgerichtete Verhaltensweisen für einen oder in einem Personenzusammenschluss verstanden werden (§ 5 Abs. 1 Nr.1 i. V. m. § 6 Abs.1 Nr.1 LVerfSchG). Über einen zu bestimmenden ideologischen Hintergrund sagen die Verfassungsschutzgesetze naturgemäß nichts.

So ist man bei der Beschreibung dieser politischen Richtung auf die Aussagen in sozialwissenschaftlichen Publikationen angewiesen.

In der Literatur werden immer wieder folgende Inhalte aufgeführt, die kennzeichnend für ein rechtsextremistisches Weltbild sind²:

Rechtsextremisten lehnen die freiheitliche demokratische Grundordnung ab und wollen - auch unter Anwendung von Gewalt - ein autoritäres oder gar totalitäres staatliches System errich-

¹ Jürgen R. Winkler, Rechtsextremismus. Gegenstand - Erklärungsansätze – Grundprobleme, in Wilfried Schubarth, Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Opladen 2001, S. 49

² vgl. Armin Pfahl – Traugber, Der organisierte Rechtsextremismus in Deutschland nach 1945, in Wilfried Schubarth, Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Opladen 2001, 71 ff.

ten, in dem nationalistisches und rassistisches Gedankengut die Grundlage der Gesellschaftsordnung bilden soll.

Dementsprechend finden sich im Rechtsextremismus in unterschiedlicher und gruppenspezifischer Ausprägung folgende ideologische Vorstellungen bzw. Handlungsmuster:

- ein aggressiver Nationalismus, für den nur die deutschen Interessen als Richtschnur gelten und der andere Nationen als „minderwertig“ betrachtet,
- der Wunsch nach einer Volksgemeinschaft auf „rassistischer“ Grundlage, die die Rechte des Einzelnen beliebig einschränkt und der pluralistischen Gesellschaft das Modell des „Volkskollektivismus“ („Du bist nichts, Dein Volk ist alles“) entgegensetzt, Antipluralismus,
- eine aggressive, extrem gewaltbereite Fremdenfeindlichkeit als Ergebnis einer Wiederbelebung rassistischen und damit verbunden antisemitischen Gedankenguts,
- der Wunsch nach einem „Führerstaat“ mit militärischen Ordnungsprinzipien (Militarismus),
- Relativierung oder sogar Leugnung der Verbrechen des „Dritten Reiches“ und damit verbunden eine Verharmlosung oder Verherrlichung des Nationalsozialismus und
- eine ständige Diffamierung der demokratischen Institutionen und ihrer Repräsentanten.

Die o.a. Merkmale dienen denn auch in der Praxis des Verfassungsschutzes als Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen. Begründet werden kann die Zuordnung u.a. auch durch die rechtsextremistischen Gruppierungen selbst, die ihre Propaganda und ihre Aktionen mehr oder weniger offen an den beschriebenen Ideologiemerkmalen ausrichten.

III. Zu den Ursachen des Rechtsextremismus³

Ähnlich vielfältig wie die Diskussion über den Inhalt des Begriffs „Rechtsextremismus“ stellt sich auch die Suche nach den Ursachen dar.

In den Sozialwissenschaften werden mehrere Modelle diskutiert, die nachfolgend in aller Kürze dargestellt werden sollen.

Zunächst wird grob zwischen täterbezogenen Ansätzen und strukturbezogenen Ansätzen unterschieden.

Zu den Täteransätzen gehört die Suche nach den Ursachen in der Biografie eines Rechtsextremisten. Besondere Berücksichtigung finden hier Überlegungen aus der Psychoanalyse, die zur Erklärung aggressiven Verhaltens herangezogen werden. Hierbei wird der Erziehung ein besonderes Gewicht beigemessen. Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass eine Störung der Eltern-Kind-Beziehung zu antisozialen und gewaltbereitem Verhalten führen kann.

Neben diesen auf die Psyche abgestellten Forschungen, wird auch der so genannte Jugendansatz verfolgt. Er betrachtet den Rechtsextremismus als Problem vornehmlich männlicher Jugendlicher. Schaut man sich die Entwicklung bei den rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten in Mecklenburg-Vorpommern an, so macht eine solche Sichtweise Sinn. Auf diesem Feld wird insbesondere untersucht, wie Jugendliche in rechtsextremistische Gruppen hineingeraten.

Von besonderem Gewicht – und dies zeigte auch die heftige Diskussion über die sogenannten „Ossi-Thesen“ des Kriminologen und jetzigen Justizministers in Niedersachsen Prof. Dr. Pfeiffer aus Hannover – für die Diskussion über die Ursachen des Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern ist der Diktaturfolgenansatz. Er geht davon aus, dass die in der DDR übliche Erziehung zum Kollektiv und die Herausbildung eines ausgeprägten Freund-Feind-Denkens (Klassenkampf) zu einer generell kritischen Haltung gegenüber der pluralistischen Demokratie geführt hat.

Die täterbezogenen Ansätze sind in der einschlägigen Literatur nicht ohne Kritik geblieben. So wird dem Jugendansatz vorgeworfen, er verenge das Problem zu sehr auf Jugendliche. Dem Diktaturfolgenansatz wird entgegengehalten, dass die Wahlergebnisse rechtsextremistischer Parteien in den neuen Bundesländern viel zu gering seien, um eine solche Theorie zu stützen. Der lebensbiografische Ansatz wird hingegen als bedeutsam betrachtet.

Zu den auf die gesellschaftlichen Strukturen in der Bundesrepublik abgestellten Theorien über die Ursachen des Rechtsextremismus zählt zunächst der Kontinuitätsansatz. Er geht

³ vgl. Ulrike C. Wasmuht, Rechtsextremismus. Bilanz und kritische Würdigung sozialwissenschaftlicher

davon aus, dass sich nach dem Ende des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik nationalsozialistische Strukturen informeller Art erhalten haben (Hitlerjugendgeneration). Auf diese Weise hätten nicht nur die einstigen Akteure, sondern auch die alten Ideologien überdauert. Diese seien an die nachfolgenden Generationen weitergegeben worden.

Interessant ist darüber hinaus der Deprivationsansatz. Im Zusammenhang mit dieser Theorie wird auch häufiger von den sogenannten „Modernisierungsverlierern“ gesprochen. Diese Theorie geht davon aus, dass sich ein rechtsextremistisches Weltbild bei solchen Personen entwickelt, die in Kindheit und Jugend benachteiligt worden sind und hierbei entsprechende Ohnmachtserfahrungen erlebt haben. Eine solche Hilflosigkeit wird dann im Einzelfall durch eine übersteigerte Gewaltbereitschaft kompensiert. Die in der Regel durch ein niedriges oder allenfalls mittleres Bildungsniveau begründete Schwäche der betreffenden Persönlichkeit, führt gerade im Rahmen der sich wandelnden Märkte und des Globalisierungsprozesses zu Ängsten vor sozialem Abstieg. Diesen wird durch die Herausbildung eines nationalistischen Weltbildes entgegengewirkt. Durch eine Verhinderung der Zuwanderung oder der Rückgängigmachung der internationalen Einbindung Deutschlands soll ein Prozess in Gang gesetzt werden, der zu einer auf die eigene Nation fixierten Wirtschaftsordnung führt. Der Nutzen soll nur Deutschen zu Gute kommen.

Bei den Überlegungen, wie es zu einem temporären Anwachsen rechtsextremistischer Bestrebungen kommt, darf der Politikfeldansatz nicht vergessen werden. Er geht davon aus, dass es politische Umstände gibt, die eine Ausweitung rechtsextremistischen Gedankenguts befördert. Vorrangig wird hier die seit langem anhaltende Diskussion über die Asylpolitik und die Zuwanderung genannt. Diese hat Anfang der neunziger Jahre sicherlich zu einer gesellschaftlichen Polarisierung geführt und damit – so die Sozialwissenschaftler – den Rechtsextremisten das Gefühl gegeben, dass ihre Politikansätze und die daraus resultierenden Gewalttaten gesellschaftlich akzeptiert seien.

Auch die Strukturansätze sind nicht ohne Kritik geblieben, so wird dem Kontinuitätsansatz vorgehalten, er könne nicht erklären, warum es auch in anderen europäischen Ländern zu rechtsextremistischen Entwicklungen kommt.

Dem Deprivationsansatz wird entgegengehalten, dass er letztlich nicht erklären könne, warum sich derart disponierte Menschen rechtsextremistisch ausrichten. Sie könnten aufgrund ihrer sozialen Lage durchaus auch in das linksextremistische Lager wandern. Der Politikfeldansatz ist allenfalls dazu geeignet, bestimmte Boomphasen des Rechtsextremismus zu erklären, nicht aber langfristige Entwicklungen.

In der Gesamtschau können die Modelle des Täteransatzes und des Strukturansatzes nicht unabhängig voneinander betrachtet werden.

Der Täteransatz vernachlässigt die politischen und sozialen Rahmenbedingungen, während der Strukturansatz wiederum in der Psyche des Einzelnen liegenden Ursachen unberücksichtigt lässt.

Letztlich liegen die Ursachen sehr wahrscheinlich in verschiedenen Feldern, so dass in den Sozialwissenschaften auch von einem „Interdependenzansatz“ gesprochen wird. Er versucht das Verhalten des Einzeltäters in seinem sozialen Raum zu betrachten und hierbei zugleich die politischen und sozialen Bedingungen mit einzubeziehen.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass es eine eindimensionale Erklärung für die Herausbildung eines rechtsextremistischen Weltbildes nicht gibt. Vor diesem Hintergrund wird in der einschlägigen Literatur darauf hingewiesen, dass man mit den bisherigen Ergebnissen der Rechtsextremismusforschung nicht zufrieden sein könne. Dies auch deswegen, weil der Rechtsextremismusbegriff zu den amorphesten Begriffen der Sozialwissenschaften gehört.⁴

Diese Zuordnungsprobleme der Wissenschaftler entbinden die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder jedoch nicht von der Pflicht, ein zutreffendes Lagebild zum Thema Rechtsextremismus zu zeichnen. Wichtig ist aber, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass die Lagebilder der Sicherheitsbehörden keineswegs dazu geeignet sind, das Gesamtproblem Rechtsextremismus in ausreichender Form zu umreißen. Daher kann sich die nachfolgende Darstellung nur in dem Rahmen bewegen, der üblicherweise von den Verfassungsschutzbehörden ausgefüllt wird.

⁴ Jürgen R. Winkler, Rechtsextremismus. Gegenstand - Erklärungsansätze – Grundprobleme, in Wilfried Schubarth, Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Opladen 2001, S. 39

IV. Die Entwicklung des Rechtsextremismus im Lande Mecklenburg-Vorpommern

IV.1 Rechtsextremismus in der DDR

Die Entwicklung des Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern und somit auch in Mecklenburg-Vorpommern, kann nicht losgelöst von den Verhältnissen in der ehemaligen DDR betrachtet werden.

Entgegen der staatlichen Propaganda und dem Anspruch ein antifaschistischer Staat zu sein, gab es in der Geschichte der DDR immer wieder Vorfälle (vgl. nachfolgende beispielhafte Auflistung), die belegen, dass rechtsextremistisches Gedankengut nach 1945 überlebt hat und sich sogar in den Sicherheitskräften zeigte :

Ereignisübersicht (Auswahl)

1959	Bildung einer SS-ähnlichen Bande von Schülern in Beeskow/Bezirk Frankfurt/Oder. Verhaftung von 40 Jugendlichen aus Ostberlin u. Potsdam wg. Bildung einer rechtsextremistischen Untergrundgruppe.
1965– 1980	700 Vorkommnisse mit rechtsextremistischem Hintergrund in NVA und MfS.
1976/78	In der POS Stolpe (Krs. Sebnitz) sowie der Kinder- und Jugendsportschule in Karl-Marx-Stadt legen Schüler am 20.04. Gedenkminuten ein.
1976	Versuchter Sprengstoffanschlag auf die Wohnung der Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde in Halle/Saale.
1953/1971	Schändung jüdischer Friedhöfe in Ostberlin.
Beginn der 80er Jahre	Entstehung einer nationalistischen u. rassistisch orientierten Skinheadbewegung in der DDR.
2. Hälfte der 80er Jahre	DDR-Kripo rechnet ca. 1.500 Jugendliche diesem Spektrum zu.
September 1987	In Dresden wird ein Mosambikaner von Skinheads brutal zusammengeschlagen.
17.10.1987	Überfall auf die Zionskirche in Ostberlin. Ca. 30 Skinheads schlagen auf Teilnehmer eines Punkkonzertes ein und skandieren rechtsextremistische Parolen.

1987 – 1989

In Rostock werden gegen 11 Jugendliche u. Heranwachsende Ermittlungsverfahren nach § 220 des StGB der ehemaligen DDR eingeleitet. Sie hatten Bürger als „Juden“, „Neger“ und „Türken“ beschimpft.⁵

Seit Beginn der 80ziger Jahre bildete sich in der DDR eine Skinheadszene heraus, die gewalttätig auftrat und durch rassistische und antisemitische Ausfälle auf sich aufmerksam machte. Ab Mitte der 80ziger Jahre konnte eine Bildung von Kleingruppen und damit eine Verfestigung dieser Szene festgestellt werden.⁶

In diesem Zusammenhang wurde mit dem Einsatz von Arbeitskräften aus den so genannten „sozialistischen Bruderländern“ vereinzelt eine rassistisch motivierte Fremdenfeindlichkeit erkennbar.⁷

Allerdings konnten sich unter den Bedingungen in der DDR keine einschlägigen Parteien oder sonstigen Organisationen bilden.

Der spektakulärste Vorfall war wohl in diesem Zusammenhang der bereits erwähnte Überfall von Skinheads auf ein Punk-Konzert in der Zionskirche in Ostberlin am 17. Oktober 1987. Die Täter gingen seinerzeit außerordentlich brutal vor.⁸

Dieser Vorfall führte dazu, daß sich die Sicherheitsbehörden der DDR in der Folge sehr intensiv mit der Entwicklung dieser Szene beschäftigten.

So zählte das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) im Oktober 1988 1067 Personen zur Skinhead-Szene.⁹

1989 sollen in den meisten Kreis- und kreisangehörigen Städten der DDR Szenen mit einer „NS-Orientierung“ in einer Stärke von 5-50 Personen existiert haben. Um diese herum habe es darüber hinaus noch ein gewisses Umfeld gegeben. Zudem seien die Szenen quer durch die DDR vernetzt gewesen.¹⁰

⁵ Norbert Madloch, Rechtsextremismus in Deutschland nach dem Ende des Hitlerfaschismus, in: Kinner/Richter (Hrsg.), Rechtsextremismus und Antifaschismus, Berlin 2000, S.57 ff.. Siegfried Kordus, Aktuelle Fragen der inneren Sicherheit am Beispiel der Stadt Rostock, in Texte zur inneren Sicherheit. Wehrhafte Demokratie und Rechtsextremismus, Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Bonn 1992, S.87

⁶ Vergleiche hierzu Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus, eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, Bonn 1993, Seite 158 ff.

⁷ Stefan Marschall, Rechtsextremismus und deutsche Einheit, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus und Demokratie, Baden-Baden 1995, S. 180 ff.

⁸ Klaus Farin, Eberhard Seidel-Pielen, Krieg in den Städten, Berlin 1991, S. 67

⁹ Klaus Kinner, Rolf Richter (Hrsg.), Rechtsextremismus und Antifaschismus, Berlin 2000, S.78

¹⁰ Bernd Wagner, Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern, Berlin 1998, S. 30

Territoriale Verteilung der Skinheads in der DDR im Oktober 1988 (absolute Zahl und prozentualer Anteil an der Gesamt-DDR-Zahl)¹¹

Bezirk	Anzahl	Prozent
Berlin	447	42,7
Halle/S	36	3,4
Rostock	9	0,9
Leipzig	88	8,4
Schwerin	3	0,3
Dresden	45	4,3
Neubrandenburg	9	0,9
K.-Marx-Stadt	6	0,6
Potsdam	20	11,5
Gera	39	3,7
Frankfurt/O	82	7,8
Erfurt	38	3,6
Cottbus	53	5,3
Suhl	26	2,5
Magdeburg	66	6,3

Anmerkung: Ob die niedrigen Zahlen in den drei Nordbezirken tatsächlich mit der Wirklichkeit übereinstimmen, kann nicht bewertet werden. Die Entwicklung nach 1990 spricht eher für eine schönfärberische Darstellung.

Interessant sind in diesem Zusammenhang auch die um die Jahreswende 1988/1989 öffentlich gewordenen Zahlen zum rechtsextremistischen Straftatengeschehen in der DDR. So gab das „Neue Deutschland“ für das Jahr 1988 44 polizeiliche Ermittlungsverfahren wegen „Neofaschistischer Gewalthandlungen und Aktivitäten“ an. 1989 seien bis Ende November 144 Vorfälle verzeichnet worden. Im Gegensatz zu dieser relativ geringen Fallzahl gaben die ehemaligen Oberleutnants der DDR-Kriminalpolizei Bernd Wagner und Klaus Wiechert anlässlich

¹¹ Norbert Madloch, Rechtsextremismus in Deutschland nach dem Ende des Hitlerfaschismus, in: Kinner/Richter (Hrsg.), Rechtsextremismus und Antifaschismus, Berlin 2000, S. 57 ff.

eines Pressegespräches an, dass in den Jahren 1988/1989 481 Verfahren mit über 1.000 Beteiligten eingeleitet worden seien.¹²

Welche Zahlen der tatsächlichen Lage entsprachen, läßt sich an dieser Stelle nicht klären. Deutlich wird jedoch, dass in der ehemaligen DDR eine aktive rechtsextremistische Szene vorhanden war.

Mitverantwortlich für diese Entwicklung sei: „Jahrzehntelanges Schweigen über die wirklichen Ursachen des Nationalsozialismus, das Versagen der einstigen Staatspartei (SED, Anm. d. Verf.) im Erziehungs- und Bildungsbereich sowie die Selbstherrlichkeit der kommunistischen Ideologen“.¹³

¹² Hans Helmut Knütter, Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Deutschland - historische, gesellschaftliche- und psychologische Bedingungen seines Entstehens, in: Texte zur inneren Sicherheit, Wehrhafte Demokratie und Rechtsextremismus, Bonn 1992, S. 54 f.

¹³ Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Zur Bewältigung der NS-Zeit in der DDR. Defizite und Neubewertungen, Bonn 1989, S. 3

IV.2 Die Entwicklung seit 1990

IV.2.1 Vorbemerkung

Vor dem Hintergrund der unter III. beschriebenen Ursachen bestanden somit nach der Wende in den neuen Ländern Anknüpfungspunkte für rechtsextremistische Strukturen. Dabei spielte die Umbruchsituation in den Lebensbereichen der Menschen auch eine besondere Rolle.

Neben der Entstehung von Regionalstrukturen der Parteien, die sofort einen „Werbefeldzug“ starteten, konnte besonders ein Anwachsen der gewaltbereiten rechtsextremistischen Szenen sowie der Neonazigruppierungen beobachtet werden.

Von Anfang an wurde jedoch deutlich, dass ein wirklich nennenswerter Organisationsgrad nicht erreicht werden konnte und wahrscheinlich auch gar nicht erwünscht war. So blieben die Szenen auf örtlicher Ebene weitgehend unter sich. Ein gemeinsames Auftreten war höchstens bei Skinheadkonzerten oder Demonstrationen zu beobachten.

Insoweit lag und liegt der Schwerpunkt der Entwicklung im Bereich der rechtsextremistischen Skinheads, der auch als subkultureller Rechtsextremismus bezeichnet wird sowie im Spektrum der Neonazis. Zwischen beiden Lagern gibt es vielfältige Verbindungen, z.T. besteht sogar Personengleichheit.

Verbunden sind diese Szenen über ein gemeinsames Weltbild, in dem zwei ideologische Komponenten von besonderer Bedeutung sind :

- Rassismus und damit verbunden
- völkisches Gedankengut, das von dem Wunsch, das deutsche Volk von „fremdvölkischen Einflüssen zu reinigen“ getragen ist.

Die Parteien - außer der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) - sind randständige Erscheinungen im hiesigen Rechtsextremismus.

Exkurs: Rostock-Lichtenhagen im August 1992

Besonderer Erwähnung bedürfen die mehrere Tage andauernden ausländerfeindlichen Ausschreitungen vom 22. bis 26.08.1992 in Rostock-Lichtenhagen vor der „Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber“ (ZAST).

Dem Gewaltausbruch war ein monatelanger Konflikt zwischen den Bewohnern der überbelegten Aufnahmestelle und den Anwohnern vorausgegangen.

Die Krawalle begannen am 22. August mit einer Protestaktion einer Rostocker Bürgerinitiative, an der sich einige hundert Personen, darunter auch jugendliche Gewalttäter der rechtsextremistischen Szene, beteiligten.

Durch gegenseitige Provokationen der Demonstranten und der Asylbewerber, denen Autonome zur Hilfe geeilt waren, eskalierte die Situation rasch.

Nachdem das Asylbewerberheim geräumt worden war, setzten Jugendliche das Gebäude mit Molotowcocktails in Brand. Dadurch gerieten noch im Gebäude befindliche Vietnamesen sowie ein ZDF-Reporterteam in Lebensgefahr.

Nachdem die Asylbewerber in die neue ZAST nach Hinrichshagen bei Rostock verlegt worden waren, wandten sich die überwiegend jugendlichen Gewalttäter in den darauf folgenden Tagen (25.- 27. August) vorrangig gegen die eingesetzten Polizeibeamten. Die Einsatzkräfte mussten zeitweilig um ihr Leben fürchten, 65 Beamte wurden verletzt. Von diesem Zeitpunkt an gab es durch die Bevölkerung keine Unterstützung mehr.

Im Zuge der gewalttätigen Ausschreitungen in Rostock wurden etwa 375 Personen festgenommen, von denen über 200 aus Mecklenburg- Vorpommern stammten. Insgesamt gesehen waren nur wenige der festgenommenen Personen den Verfassungsschutzbehörden vorher als Links- oder Rechtsextremisten bekannt gewesen.

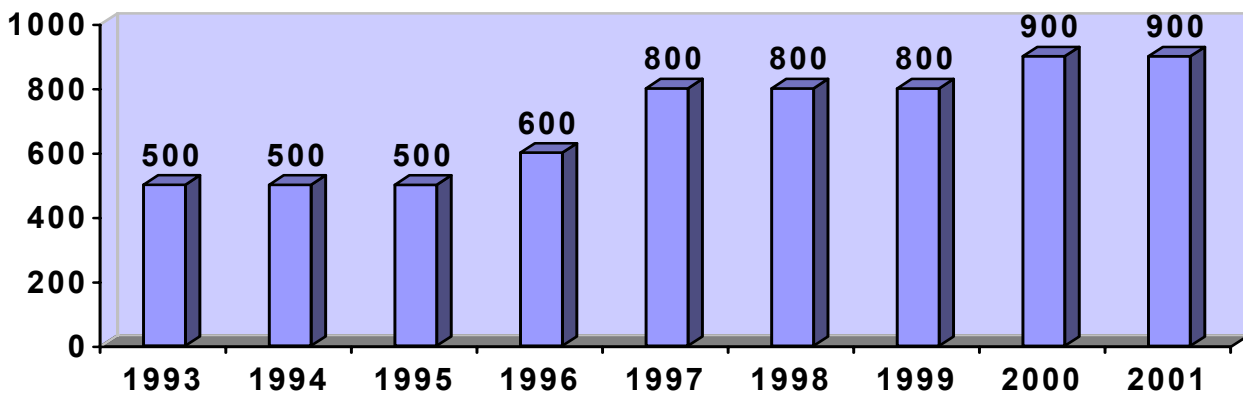
Wenn auch im Verlauf der Ereignisse Rechtsextremisten, darunter auch einige ihrer führenden Köpfe, nach Rostock reisten, kann trotzdem nicht – wie häufig in der Öffentlichkeit geäußert – von überregional geplanten und organisierten Ausschreitungen gesprochen werden.

Im Gegenteil, insbesondere die Neonazi-Szene zeigte sich überrascht über das Ausmaß der Gewalt, war allerdings mit der Entwicklung sehr zufrieden.

IV.2.2 Subkultureller Rechtsextremismus und Neonazismus

IV.2.2.1 Rechtsextremistische Skinheads und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten

Rechtsextremistische Skinheads in MV 1993 - 2001



Wie der Name zeigt, hat die Skinheadbewegung (wörtlich aus dem Englischen übersetzt: Hautkopf) ihren Ursprung in Großbritannien.

Sie entwickelte sich bereits Anfang der 60ziger Jahre als eine Jugendbewegung, die sich bewusst vom „Establishment“ abwandte und sich auf Traditionen der „Arbeiterklasse“ bezog. Hier liegt auch der Ursprung ihrer typischen Bekleidung, wie Jeans, Arbeitsstiefel sowie der glattrasierte Schädel als Protestausdruck.

Stand anfangs ein eindeutiger Bezug zur „Arbeiterklasse“ und sogar zur unterprivilegierten Schicht der meist farbigen Einwanderer im Vordergrund, so führte das Zusammenbrechen weiter Teile der britischen Industrie in den 70ziger Jahren zu einer Verschärfung der sozialen Verteilungskämpfe. Folge war, dass weiße und farbige Jugendliche in eine stärkere soziale Konkurrenz hineingetrieben wurden.

In diesem sozialen Klima versuchten britische Rechtsextremisten aus der „National Front“ (NF) in der Skinheadszene Einfluss zu gewinnen. Damit begann die Ausbreitung einer von Rassismus getragenen Weltanschauung. Folge war eine zunehmende Radikalisierung der Skinheads in den 80ziger Jahren, die die Szene zunehmend in die Arme offen gewaltbereiter rechtsextremistischer Gruppierungen trieb, wie z.B. der terroristischen Gruppe „Combat 18“, wobei 18 für den ersten bzw. achten Buchstaben im Alphabet steht, nämlich A.H. für Adolf HITLER.

Aus diesen Initialen ist die an den Nationalsozialismus angelehnte Weltanschauung dieser Gruppen deutlich erkennbar.

Zwischenzeitlich gibt es fast überall auf der Welt Skinheads, sogar in Japan oder Brasilien. Bei allem Facettenreichtum dieser Szene zeigt die Masse der Skinheads weltweit ein ähnliches Bewußtsein. Es stellt sich als rassistisch und extrem nationalistisch dar. Skinheads sehen sich als Befreier ihrer eigenen Nation. Verbunden damit ist eine hohe Gewaltbereitschaft.

Nach dem Überschwappen der Skinheadbewegung Ende der 70ziger Jahre nach Westdeutschland wurde sehr schnell deutlich, dass hier im Gegensatz zur Entwicklung in England nur wenige Bezüge zur „Arbeiterklasse“ hergestellt wurden.

Von Beginn an manifestierte sich in einer entsprechenden Symbolik ein rechtsextremistischer Hintergrund.

Parallel zu dieser Entwicklung und sicher nicht zufällig, ist seit 1990 ein bis dahin unbekanntes Ausmaß rechtsextremistisch motivierter, insbesondere ausländerfeindlicher Gewalt zu verzeichnen. Sicherlich sind nicht für alle diese Taten „echte“ Skinheads verantwortlich. Allerdings bewegen sich die Tatverdächtigen vielfach in Szenezusammenhängen oder verfolgen zumindest ideologisch ähnliche, von Rassismus geprägte Denkansätze. So nennen die Verfassungsschutzbehörden seit Jahren keine Skinheadzahl, sondern sprechen in diesem Zusammenhang von gewaltbereiten Rechtsextremisten.

Eine festgefügte Ideologie findet sich in der Skinheadszene mit ihrem subkulturellen Charakter nicht. Skinheads schreiben keine Parteiprogramme und sie versuchen ihre Gewalttaten auch nicht schriftlich zu erklären, wie es z.B. linksextremistische Terroristen in der Vergangenheit immer wieder getan haben. Gleichwohl lässt sich eine Reihe von weltanschaulichen Versatzstücken erkennen, die mehr oder weniger alle rechtsextremistisch geprägten Skinheads vereint.

Parolen wie

- „*Deutschland den Deutschen*“,
- „*Jagt sie raus aus unserm Lande, die ganze Asylantenbande*“,
- „*Blut und Ehre*“, „*Deines Volkes Ehre ist auch Deine Ehre*“,
- „*White Power*“,
- „*Kampf ums Reich*“,
- „*Rot Front verrecke*“,

lassen drei wesentliche Schlüsse im Hinblick auf das Weltbild von Skinheads zu:

- Zum Einen knüpfen sie an die Tradition von SA und SS an und kopieren deren Parolen. Damit zeigen sie eine deutliche Affinität zum Nationalsozialismus und den damit verbundenen historischen Ereignissen.
- Zum Zweiten wird eine extrem rassistische und ausländerfeindliche Haltung deutlich, die häufig gewalttätig auf der Straße ausgelebt wird. Eingeschlossen darin ist auch eine antisemitische Grundhaltung.
- Zum Dritten wird ständig der Kampf gegen den politischen Gegner, überwiegend in Gestalt von Linksextremisten, die von den Skinheads als „Zecken“ bezeichnet werden, propagiert.

Ergänzend sei noch erwähnt, dass es auch immer wieder zu Gewalttaten gegen sogenanntes „Undeutsches“ kommt. In diesem Zusammenhang werden z.B. Obdachlose angegriffen. Hierbei ist es bereits zu tödlichen Zwischenfällen gekommen.

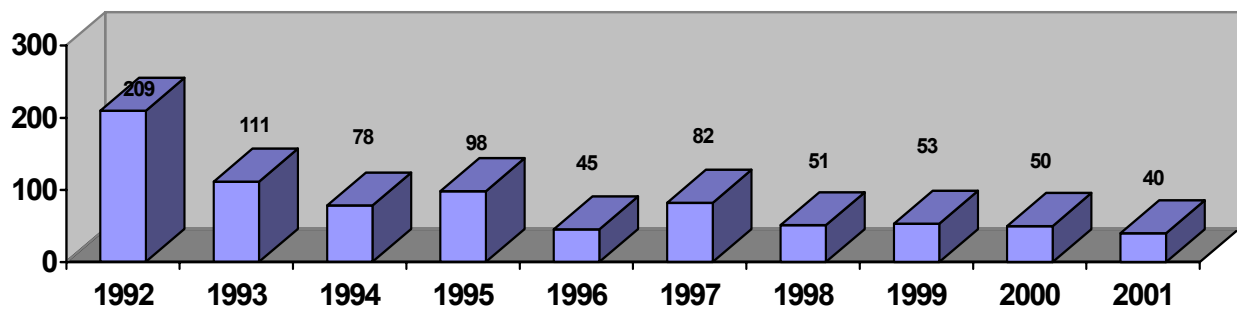
Angriffe gegen „Fremde“ oder „Undeutsches“ machen deutlich, wie Skinheads sich selbst sehen. Wie oben bereits erwähnt, fühlen sie sich vielfach in einer Polizeirolle, die sie wahrzunehmen haben, um Deutschland von allem aus ihrer Sicht Unerwünschtem zu „reinigen“. Da es den staatlichen Institutionen nach ihrer Auffassung nicht gelingt, deutsche Interessen ausreichend zu vertreten, seien sie dazu aufgefordert, Deutschlands Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Hieraus leitet sich auch ein ausgeprägtes Elitebewusstsein vieler Skinheads ab. Sie stellen sich vielfach als „Saubermann“ und „letzte Hoffnung“ für die deutsche Nation dar. Bei der Beschreibung der Weltanschauung von Skinheads darf zudem nicht vergessen werden, dass sie häufig einen starken Bezug zu den Wikingern und zu den frühen Germanen herstellen. Dies äußert sich insbesondere in einer entsprechenden Symbolik.

So können über den einschlägigen Versandhandel T-Shirts mit der Irminsul (germanisches Heiligtum, Säule des Himmels), Poster mit Wikinger-Darstellungen, Runen - Anstecker oder Schmuckstücke mit dem sogenannten Thorshammer bestellt werden.

Deutlich wird hier eine Abkehr vom Christentum, die auch im Nationalsozialismus, insbesondere innerhalb der SS, vorgenommen wurde.

Als Fazit ist also festzuhalten, dass Skinheads keineswegs nur als unpolitische Dummschläger charakterisiert werden dürfen. Zwar spielen Gewalt und Alkoholgenuss in ihrer Erlebniswelt eine bedeutsame Rolle, ein ideologischer Einfluss nationalsozialistisch - rassistischer Ausprägung ist unverkennbar. Entsprechend müssen auch die von dieser Szene begangenen **Gewalttaten** ¹⁴ bewertet werden:

Rechtsextremistische Gewalttaten / Gewalttaten im Phänomenbereich „Rechts“ ¹⁵



Wenn auch die Skinhead-Szene vielfach nationalsozialistischem Gedankengut folgt, so übernimmt sie jedoch nicht dessen straffe militärische Struktur. Hier ist eher der subkulturelle Ursprung der Skinhead-Szene prägend. In aller Regel agieren Skinheads spontan und in kleineren, auf den Wohnort beschränkten Gruppen.

Allerdings konnte in den letzten Jahren die Entstehung sogenannter „Kameradschaften“ beobachtet werden (s.u.). Diese Zusammenschlüsse haben es sich zum Ziel gesetzt, insbesondere die politisch-ideologische Arbeit stärker zu akzentuieren. Daneben dienen diese Zusammenschlüsse dem Gemeinschaftsleben, dem Alkoholgenuss oder der Durchführung sonstiger Veranstaltungen, wie z.B. Skinhead-Konzerten. Mit der Herausbildung von „Kameradschaften“

¹⁴ Seit dem Jahr 1997 werden nach Abstimmung zwischen den Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern sowie der Polizei Sachbeschädigungen nicht mehr als Gewalttaten erfasst. Die Zahlen von 1996 sind entsprechend bereinigt.

¹⁵ Mit dem seit dem 01.01.2001 gültigen neuen statistischen System der Kriminalpolizeien des Bundes und der Länder wurde der Begriff „politisch motivierte Kriminalität“ eingeführt. Er enthält die Gesamtmenge aller Straftaten, denen ein wie auch immer geartetes politisches Tatmotiv zugrunde liegt. Innerhalb der „politisch motivierten Kriminalität“ wird die „extremistische Kriminalität“, d.h. die Gesamtmenge aller Straftaten, die auf die Beseitigung oder Außer-Kraft-Setzung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtet sind, gesondert gezählt. Im Jahr 2001 wurden im Lande im Phänomenbereich „Rechts“ 40 „politisch motivierte“ Gewaltdelikte erfasst. Keine dieser Taten wurde jedoch als extremistisch bewertet. Daher führt der Verfassungsschutzbericht des Bundes 2001 bei den rechtsextremistischen Gewalttaten für das Land Mecklenburg-Vorpommern die Zahl 0 auf.

wird zugleich erkennbar, wie eng Skinheads und Neonationalsozialisten (Neonazis) miteinander verflochten sind. Die in wesentlichen Zügen gleiche Weltanschauung führt also auch im organisatorischen Bereich zu einem Näherrücken. Ob dieser Trend allerdings stabil bleibt, muss wegen der häufig erkennbaren Disziplinlosigkeit und Spontanität der Skinhead-Szene bezweifelt werden.

Darüber hinaus haben in den vergangenen Jahren innerhalb der Skinhead-Szene in der Bundesrepublik noch zwei weitere Organisationen an Einfluss gewonnen. Zum einen handelt es sich hier um die sogenannten „Hammerskins“, denen bundesweit rund 100 Personen zugerechnet werden sowie um die „Blood & Honour-Bewegung“, deren „Division Deutschland“ mit ca. 200 Mitgliedern im September 2000 vom Bundesminister des Innern verboten wurde. Die „Hammerskins“ haben ihren Ursprung in den Vereinigten Staaten. Ihr Symbol, zwei gekreuzte Hammer, soll für den Ursprung der Skinhead-Szene aus der „Arbeiterklasse“ stehen. Die Angehörigen der „Hammerskin“-Bewegung sehen sich als Elite und zeigen dies durch ein deutliches Skinhead-Outfit. Auch „Hammerskins“ verfolgen eindeutig rechtsextremistische Ziele, u.a. eine Vereinigung aller „weißen Skinheads“. Auch in Mecklenburg-Vorpommern können Einzelpersonen diesem Spektrum zugeordnet werden.

Die „Blood & Honour-Bewegung“ nahm ihren Ursprung in Großbritannien.

Der durch einen Unfall ums Leben gekommene und mittlerweile zur Kultfigur der Skinhead-Szene gewordene Ian STUART DONALDSON gründete „Blood & Honour“ 1987 mit Unterstützung der britischen rechtsextremistischen Organisation „British Movement“(BM). STUART war einer der ersten Skinhead-Musiker, der mit seiner damaligen Band „Skrewdriver“ eindeutig rechtsextremistische Musik verbreitete.

Dementsprechend hat es sich „Blood & Honour“ bis heute zur Aufgabe gemacht, rechtsextremistische Skinhead-Konzerte zu organisieren und für den Vertrieb entsprechender Tonträger zu sorgen. „Blood & Honour“ ist zwischenzeitlich in zahlreichen Ländern vertreten. In Mecklenburg-Vorpommern gab es ebenfalls einige Sympathisanten.

Insgesamt ist also festzustellen, dass es eine umfassende Skinhead-Struktur nicht gibt, wahrscheinlich auch aus o.g. Gründen nicht geben wird. Dies schließt aber nicht gleichzeitig eine Instrumentalisierung der Szene durch politische Gruppierungen, wie z.B. der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) aus (s.u.).

Dem Skinheadspektrum wurden im Jahr 2001 etwa 900 Personen zugerechnet.

Besondere Beachtung findet diese Szene in der Öffentlichkeit immer dann, wenn es zu spektakulären Gewalttaten gekommen ist.

Anfang der 90er Jahre standen hierbei Angriffe in größeren Gruppen auf Unterkünfte von Asylbewerbern im Vordergrund. Diese sind kaum mehr zu verzeichnen. Der Schwerpunkt rechtsextremistisch motivierter Gewalt liegt nunmehr bei Einzeltaten, denen üblicherweise keinerlei Planung vorausgeht.

Nachfolgend werden zwei Fälle dargestellt, die typisch für diese Form der Gewalt sind:

Am Rande der „Randower Festtage“ wurden am 22. August 1999 in Eggesin zwei Vietnamesen von mehreren Jugendlichen angegriffen und dabei z.T. lebensgefährlich verletzt. Die Polizei nahm zunächst sieben Personen im Alter zwischen 15 und 20 Jahren fest. In dem späteren Gerichtsverfahren wurde als Motiv dumpfe Ausländerfeindlichkeit gepaart mit einem hohen Alkoholkonsum an diesem Tag genannt.

Am 24. Juli 2000 wurde in Ahlbeck/Insel Usedom ein Obdachloser ermordet. Die Festnahme des bis dahin flüchtigen Hauptverdächtigen erfolgte in der Nacht vom 11. auf den 12. August 2000. Auch wenn er in den Vernehmungen kein ausgefeiltes rechtsextremistisches Weltbild vorzuweisen hat(te), so bestehen doch keine Zweifel an seiner (dumpfen) rechtsextremistischen Einstellung. Diese hat er auch anschaulich in seinen Tätowierungen („White Power“ auf dem Schädel, „SS“ an einer Wade) nach außen sichtbar dargestellt. Seine Aussagen belegen zudem die rechtsextremistische Motivation, die dieser Tat zu Grunde lag, denn in den Vernehmungen hatte er u.a. angegeben, dass „Asoziale und Landstreicher“ nicht in die Gesellschaft passen würden. Nach Polizeiangaben sei er bereits vor dem Mord in Ahlbeck seit dem Jahr 1992 insgesamt 29 Mal strafrechtlich in Erscheinung getreten, darunter mit 17 Körper- bzw. schwere Körperverletzungen und 10 Straftaten, die als Raub bzw. schwerer Diebstahl gewertet wurden.

Die aufgezeigten Fälle illustrieren einmal mehr, dass rechtsextremistische Agitation, die von dumpf-gewalttätigen Personen, wenn sie manchmal auch nur in Ansätzen verinnerlicht wird, in brutalen Gewalttaten gipfeln kann. Dass der Haupttäter selbst zum Zeitpunkt der Tat in einem Obdachlosenheim lebte und die Täter zunächst mit dem späteren Opfer gemeinsam Alkohol konsumierten, bevor sie den Obdachlosen umbrachten, zeigt, dass hier keine ideologisch fundierte, zielgerichtete Handlung vorgelegen hat. Allerdings eskaliert rechtsextremistische Gewalt in den meisten Fällen spontan in Einzeltaten gegen „Fremde“ oder Personen, die, wie im Falle von Nichtsesshaften, als „minderwertig“ empfunden werden.

Dieser dumpfe, nicht-intellektuell unterlegte Rechtsextremismus darf insofern auf keinen Fall unterschätzt werden.

Über den Zeitraum der zurückliegenden 10 Jahre konnte bundesweit, aber auch im Lande ein Anstieg der Zahlen der gewaltbereiten Rechtsextremisten festgestellt werden. Bewegte sich die Zahl in Mecklenburg-Vorpommern bis Mitte 1997 noch bei etwa 600 Personen, so stieg sie 1998 auf 800 und 1999 auf ca. 900. Seit dem Jahr 2000 stagniert diese Zahl.

Bundesweit stieg die Zahl in den letzten 10 Jahren von 6.400 auf 10.400 Personen an.

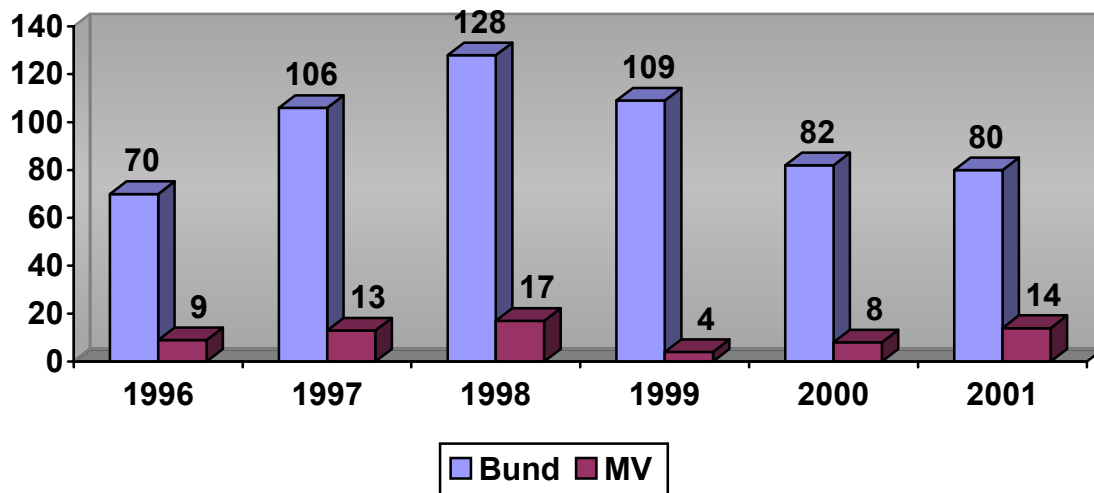
Insgesamt ist die Szene durch eine hohe Fluktuationsrate gekennzeichnet, die zusammen mit einer weitgehend fehlenden Organisation und Struktur innerhalb der Szene dazu führt, dass Aussagen über die künftige Entwicklung nur bedingt möglich sind. Stärke und Aktionsbereitschaft werden ganz wesentlich davon abhängen, ob es innerhalb dieser Subkultur weiterhin „in“ bleibt, sich zu rechtsextremistischen Vorbildern zu bekennen. Auch kann künftig davon ausgegangen werden, dass es aus dieser Subkultur heraus immer wieder Verknüpfungen mit Straftaten der Allgemeinkriminalität wie Diebstahl, Erpressung und (nicht extremistisch motivierte) Körperverletzung geben wird.

IV.2.2.2 Skinheadmusik

Die Skinmusik als identitätsstiftendes Element bereitet vielen Jugendlichen den Einstieg in die rechtsextremistische Szene. Ab 1992 gewann diese Musik auch für Jugendliche in Mecklenburg-Vorpommern zunehmend an Bedeutung. So soll damals bereits ein Skinkonzert mit der Bremer Band „Endstufe“ in Steinfeld bei Rostock stattgefunden haben.

Bis 1995 konnten zunächst keine weiteren Konzerte in Mecklenburg-Vorpommern festgestellt werden, die Zahl der bundesweit durchgeführten Skinkonzerte blieb auf niedrigem Niveau. Allerdings wurden im Lande einschlägige „Demotapes“ vertrieben und öffentlich abgespielt, wie z.B. bei einem Skinhead-Treffen im Juni 1994 am Vorbecker See bei Schwerin.

Skinkonzerte 1996 - 2001 (Vergleich Bund - MV)



Ab 1996 wurde die Austragung rechtsextremistischer Musikveranstaltungen in Mecklenburg-Vorpommern zu einer regelmäßigen Einrichtung.

In einer Gaststätte in Klein Bünzow bei Anklam fanden 1996 von insgesamt 21 landesweit durchgeführten Musikveranstaltungen 10 in diesem Lokal statt.

Bis Oktober 1997 wurden dort regelmäßig Musikveranstaltungen durchgeführt. Die durchschnittliche Teilnehmerzahl lag bei ca. 300 Personen, in Einzelfällen waren 600-700 Teilnehmer anwesend. Organisiert wurden die Konzerte damals hauptsächlich von der Berliner Skinheadorganisation „Blood & Honour“, die am 14.09.2000 vom Bundesminister des Innern verboten wurde (s.o.).

Es traten in- und ausländische Bands auf, darunter auch die Gruppe „Nordmacht“ aus Mecklenburg-Vorpommern, die sich mittlerweile als eine der populärsten Skinbands der rechtsextremistischen Szene etabliert hat.

Nach einer Polizeiaktion am 04. Oktober 1997 in Klein Bünzow fanden dort in den folgenden Jahren nur noch zwei rechtsextremistische Musikveranstaltungen statt.

Die Zahl der bundesweit durchgeführten Skinkonzerte hatte sich ab 1996 zunächst stetig erhöht. Gleichzeitig ging der strafrechtlich relevante Gehalt in den Musiktexten zurück. Damit wollten sich die Musikgruppen und Produktionsfirmen gegen weitere mögliche Ermittlungsverfahren schützen, die in den letzten Jahren zugenommen hatten.

Auch rechtsextremistische Liedermacher wie Frank RENNICKE fanden in der Skinhead-Szene Anklang. RENNICKE trat 1997 bundesweit bei 20 Konzerten auf, die durchschnittlich von ca. 200 Personen besucht wurden. Im August 1998 tourte RENNICKE durch Mecklenburg-Vorpommern und veranstaltete ca. 14 Liederabende, mit denen er den Wahlkampf der NPD unterstützte.

1999 ging die Zahl der rechtsextremistischen Musikveranstaltungen im Lande (1998: 33, 1999: 12) sowie die Anzahl der bundesweit durchgeführten Skinkonzerte (1998:128, 1999: 109) zurück. Der Rückgang war offensichtlich auf verstärkte Gegenmaßnahmen der Sicherheitsbehörden zurückzuführen. Ein am 19. März 1999 in Kraft getretener Erlass des Innenministeriums Mecklenburg-Vorpommern verschaffte der Polizei zusätzliche Rechtssicherheit bei der Verhinderung bzw. Auflösung rechtsextremistischer Musikveranstaltungen im Lande.

Allerdings erfüllte die Skinhead-Musik auch in den folgenden Jahren eine wichtige kommunikative Funktion in der rechtsextremistischen Szene, war bedeutsamer Träger rechtsextremistischer Ideologie und diente der Verbreitung neonazistischer Gedankenguts.

Um auch weiterhin derartige Veranstaltungen durchführen zu können, wurde damit begonnen, sie konspirativ vorzubereiten und sie als Geburtstagsfeiern zu tarnen sowie Veranstaltungstermine sehr kurzfristig per Telefon oder Mundpropaganda bekannt zu geben.

Im Jahr 2000 war die Zahl der rechtsextremistischen Musikveranstaltungen in Mecklenburg-Vorpommern (15) wieder angestiegen, während bundesweit erneut ein Rückgang der Skinkonzerte (82) zu verzeichnen war.

2001 war die Zahl der Musikveranstaltungen in Mecklenburg-Vorpommern erneut angestiegen. Es waren 24 derartige Veranstaltungen festgestellt worden, davon 14 Skinkonzerte, ein Liederabend und neun Partys.

Die bekannte rechtsextremistische Skinband „Nordmacht“ trat wiederum bei mehreren Konzerten auf.

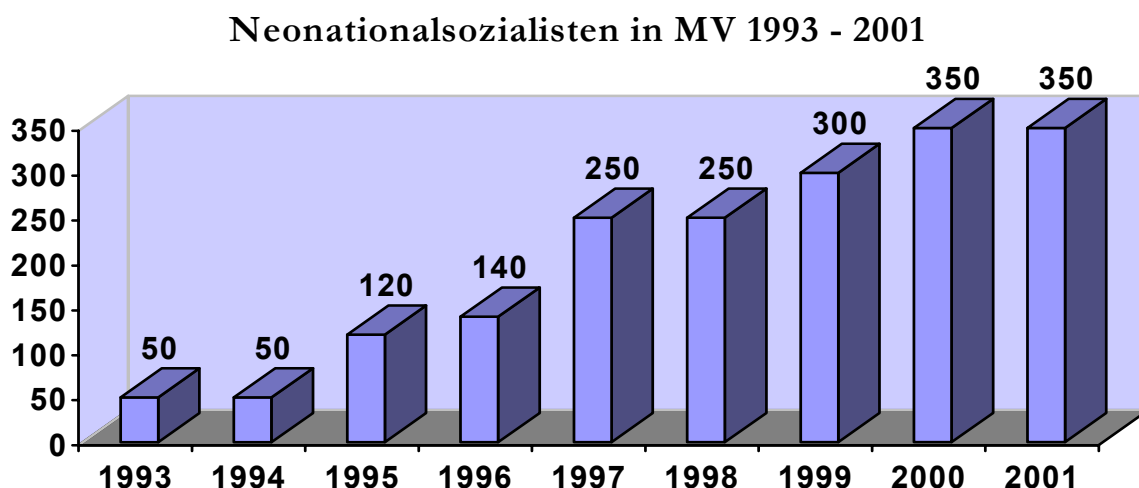
Bei der Durchführung derartiger Veranstaltungen streben Rechtsextremisten nunmehr auch eine rechtliche Prüfung an, so bei geplanten Skinkonzerten am 15. September und 08. Dezember 2001 in Hohe Wisch bei Neustadt-Glewe, als durch entsprechende Verwal-

tungsgerichtsbeschlüsse ordnungsbehördliche Entscheidungen wieder außer Kraft gesetzt wurden. Die Veranstaltung wurde schließlich nicht durchgeführt. Die juristischen Auseinandersetzungen zur Durchsetzung von einschlägigen Konzerten - von der Szene „Rechtskampf“ genannt - haben zwischenzeitlich bundesweit Schule gemacht.

Die Zahl der 2001 bundesweit durchgeführten Skinkonzerte (80) ist gegenüber dem Vorjahr in etwa konstant geblieben.

Auch im Jahr 2002 hat die Skinmusik nicht an Attraktivität verloren. So wurden in Mecklenburg-Vorpommern bislang 16 rechtsextremistische Musikveranstaltungen (Stand Anfang Oktober), davon 12 Skinkonzerte, ein Liederabend und drei Partys festgestellt. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren es 17 Veranstaltungen, darunter neun Skinkonzerte, ein Liederabend und sieben Partys. 2002 fanden allein acht Veranstaltungen im „Club 18“ in Sassnitz auf Rügen statt. Der Club wurde bereits seit November 2001 regelmäßig von der rechtsextremistischen Musikszene frequentiert und hatte sich zu einem überregionalen Szenetreffpunkt entwickelt. Durch die Kündigung des Mietvertrags mit dem Betreiber zum 31.05.2002 ist auch die Schließung des Clubs erfolgt. Es ist anzunehmen, dass die einschlägige Musikszene sich um einen neuen Veranstaltungssaal zur regelmäßigen Austragung von Musikveranstaltungen bemühen wird.

IV.2.2.3 Neonazismus



Neonazis knüpfen ideologisch an die Ideen des historischen Nationalsozialismus an.

Ihr Weltbild ist daher rassistisch, antisemitisch und völkisch geprägt. Sie möchten einen totalitären Führerstaat errichten.

Aus diesem Grunde wurden in den neunziger Jahren nahezu alle neonazistischen Organisationen verboten. Dies auch vor dem Hintergrund zahlreicher ausländerfeindlicher Gewaltakte, die jedoch in der Masse von Skinheads und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten ausgingen und ausgehen.

Verboten wurde die „Nationalistische Front“ (NF) am 27. November 1992, die „Deutsche Alternative“ (DA) am 10. Dezember 1992, die „Nationale Offensive“ (NO) am 22. Dezember 1992, die „Nationale Liste“ (NL) und die „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) im Jahre 1995. Das Land Mecklenburg – Vorpommern war von diesen Verboten nicht berührt, da hier keine entsprechenden Strukturen vorhanden waren.

Allerdings gründeten Neonazis in Mecklenburg - Vorpommern bereits Anfang der 90er Jahre kleinere Gruppen auf örtlicher Ebene.

In Neustrelitz benannte sich 1991 ein Kreis jugendlicher Rechtsextremisten „Junge Nationale“, löste sich im selben Jahr aber wieder auf.

Im gleichen Jahr machte eine ca. 25 Personen umfassende Skinhead- Gruppe aus Greifswald von sich reden, die sich „Greifswalder Nationalsozialisten“(GNS) nannte und aggressiv militant gegen Ausländer und Asylbewerber agierte. Nachdem der Anführer der GNS, ein heutiger NPD- Landesfunktionär, wegen mehrerer Gewaltdelikte eine mehrjährige Haftstrafe zu verbüßen hatte, zerfiel die GNS und teilte sich in verschiedene Gruppen. Der u.a. daraus entstandene „Kameradschaftskreis Greifswald“ (KKG) galt als eigentliche Nachfolgegruppe, überlebte die GNS jedoch nur um wenige Jahre.

1992 trat in Neubrandenburg eine Gruppe von ungefähr fünf Neonazis in den Blickpunkt der Öffentlichkeit, die sich anfangs „Förderwerk Mitteldeutsche Jugend“ (FMJ) nannte, sich am 22. Juni 1993 vermutlich aus verbotstaktischen Gründen auflöste und unter den selben Führungspersonen als „Direkte Aktion/ Mitteldeutschland“ (JF) mit ihren Kameradschaften/ Stützpunkten in Neubrandenburg und Neustrelitz sowie in Berlin und im Land Brandenburg weiter geführt wurde. Die JF verfügte zeitweise überregional bis zu 130 Mitglieder.

Wegen ihrer eindeutig neonationalsozialistischen Ausrichtung erließ der Innenminister des Landes Brandenburg - wo die JF ihren organisatorischen Schwerpunkt hatte - am 05. Mai 1995 ein Verbot der Vereinigung.

Die konsequenten staatlichen Maßnahmen schwächten die Organisationsbemühungen ganz erheblich, so dass diese begannen, über neue Formen der Zusammenarbeit nachzudenken.

So entwickelte der ehemalige Vorsitzende der NL der Hamburger Neonazi Thomas WULFF, Mitte 1996 das Konzept der „Freien Nationalisten“. Das Ziel dieses Konzeptes war es, die zersplitterten neonazistischen Kräfte (Einzelaktivisten und „Kameradschaften“) im norddeutschen Raum zu bündeln, ihre Aktionsfähigkeit zu steigern und zugleich Strukturen zu vermeiden, die ein Verbot ermöglichen könnten. So wurde das „Nationale und Soziale Aktionsbündnis Norddeutschland“ (NSAN) im März 1997 aus der Taufe gehoben. Unter diesem Aktionsnamen sollten sich alle nationalen Kräfte sammeln, ohne jedoch ihre Eigenständigkeit dabei zu verlieren. Von einer Bündelung aller Kräfte sind die Neonazis zwar noch weit entfernt, aber es ist in Gesamtdeutschland - speziell im Norden - ein deutlicher Trend zu einer „Kameradschaftsbildung“ erkennbar. Zwischenzeitlich werden bundesweit über 160 „Kameradschaften“ gezählt.

Entsprechend organisieren sich auch die Neonazis in Mecklenburg-Vorpommern schwerpunktmäßig in so genannten „Kameradschaften“. Sie unterscheiden sich von Skinheadgruppierungen dadurch, dass sie überwiegend durch den Willen zu politischer Aktivität geprägt sind. Rechtsextremistische Skinheads verfolgen - wie oben bereits festgestellt - selten ein ideologisch gefestigtes politisches Ziel. Zudem lässt sich ihre in der Regel durch Alkohol, Gewalt und Skinhead-Musik geprägte Lebensform oft nicht mit den Maximen neonazistischer „Kameradschaften“ in Einklang bringen. Trotzdem bestehen zwischen Skinhead-Gruppierungen und neonazistischen „Kameradschaften“ vielerlei Berührungspunkte. Zum Teil kommt es insbesondere auch in Mecklenburg-Vorpommern zu Mischformen beider Szenen, bei denen eine klare Zuordnung zu einer oder zu der anderen Gruppierung nicht möglich ist.

Im Dezember 1998 wurde in Neustrelitz das BRMV gegründet, welches eng verbunden ist mit dem in Lübeck ansässigen „Bündnis Rechts“(BR). In einer Mitteilung auf der Homepage der Organisation in Lübeck heißt es zum Zweck dieses Bündnisses, dass man „der Bündelung der Deutschnationalen einen entscheidenden Schritt näherkommen“ wolle. An den vom BRMV organisierten Veranstaltungen wie zuletzt am 31. August 2002 in Rostock oder am 10. November 2002 in Neustrelitz nahmen zwischen 50 und 100 Personen, darunter auch bekannte Personen aus dem Neonazispektrum, teil.

Im Hinblick auf die Aktivitäten von „Kameradschaften“ ist anzumerken, dass sie nach hier vorliegenden Erkenntnissen bisher ganz überwiegend nicht versucht haben, ihre politischen Ziele mit Gewalt durchzusetzen. In der Szene wird allerdings sporadisch auch immer wieder eine Diskussion über eine mögliche Gewaltanwendung geführt. So fand sich im Internet (www.20.brinkster.com/stoerti/) als Reaktion auf den Abbruch einer von Rechtsextremisten

durchgeführten Demonstration unter dem Motto „Deutscher Widerstand gegen linke Gewalt und rot-roter Politik“ in Neubrandenburg am 23.03.02 geführt folgende Eintragung: „...*Muß man sich nach so massiven Einschränkungen und Behinderungen des Demonstrations- und Versammlungsrechtes tatsächlich noch wundern, wenn vereinzelte jugendliche Heißsporne auf sachliche politische Auseinandersetzung verzichten und ihr Engagement in verschärfteren Formen des zivilen Widerstandes suchen ? Eigentlich nicht. Wöbbelin und Raben-Steinfeld lassen grüßen*“

Anm.: An beiden Gedenkstätten wurden am 24.02.2002 Sachbeschädigungen in Form von Schmierereien verübt. Auch wurde an beiden Mahnmalen Schweineköpfe abgelegt. Anfang September 2002 wurde die Gedenkstätte Wöbbelin erneut durch Hakenkreuzschmierereien geschändet.

In erster Linie manifestieren sich die Aktionen in der Öffentlichkeit in Form von Demonstrationen. Die Themen der durchgeführten Demonstrationen variieren. Hin und wieder werden auch Aktionsbezeichnungen angewendet, die einen organisatorischen Hintergrund aufzeigen sollen. So trat am 25.03.2000 in Anklam eine Bürgerinitiative (BI) „Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ auf.

Protestaktionen der Neonazis orientieren sich oft an tagespolitischen Diskussionen, so z.B. wenn sich Rechtsextremisten „Gegen die Rechtsschreibreform“ oder aber wie am 14.07.2001 in Neubrandenburg „Gegen Globalisierung und Euro-Wahn“ richten. In diesem Fall hat nicht eine Initiative, sondern direkt der „Kameradschaftsbund Usedom/KBU“, bzw. ein maßgeblicher Vertreter dieser Gruppierung die Anmeldung vorgenommen. Am gleichen Ort meldete die betreffende Person am 23.3.2002 eine Demonstration unter dem Motto „Deutscher Widerstand gegen linke Gewalt und rot-roter Politik“ an. Der Anmelder wurde auch durch die Initiative „Angezogen statt ausgezogen zum Unterricht“, die sich gegen die Verbotss Verfügung an einer Ahlbecker Schule richtete, keine für rechte Szene typische Kleidungsstücke im Unterricht tragen zu dürfen, bekannt.

Neben aktuellen Fragen greifen Neonazis immer wieder historischen Themen auf.

So beteiligte sich die im Raum Ueckermünde ansässige Kameradschaft „National Germanische Bruderschaft“(NGB) zusammen mit dem „Kameradschaftsbund Usedom“ (KBU), dem KBA sowie anderer Kameradschaftsverbände aus der Region an den regelmäßig am Volkstrauertag durchgeführten Veranstaltungen auf dem Golm (Usedom). Auch wenn derartige Veranstaltungen auch schon früher durchgeführt wurden, so intensivierten sich diese Aktivi-

täten nach 1998 spürbar. In den letzten Jahren nahmen bis zu 200 Personen, die größtenteils dem rechtsextremistischen Spektrum zuzuordnen sind, an den von den „Kameradschaften“ organisierten Veranstaltungen zum Gedenken an die 5000 durch Bombenangriffe auf Swinemünde zum Ende des Krieges ums Leben gekommenen Menschen. Bemerkenswert erscheint die relativ große Anzahl von Kränzen (nach Polizeiangaben bis zu 13), die durch die verschiedenen Gruppen niedergelegt und auf deren Kranzschleifen die Namen verschiedener Kameradschaftsgruppierungen aufgedruckt worden waren.

In Bad Doberan haben Unbekannte an der B 105 zum 8. Mai 2001 ein ca. 15 Meter langes weißes Tuch mit der Aufschrift „8. Mai 1945 Beginn der Knechtung des dt. Volk“ aufgespannt. In Wolgast wurde im gleichen Zeitraum ein 4 x 3 m großes Transparent festgestellt. Es enthielt die Aufschrift: „Nieder mit der Befreiungslüge“. In Ahlbeck stellte die Polizei ein Transparent mit der Aufschrift „Sie sagen Befreiung und meinen Völkermord“ fest. Einer der Initiatoren soll dem Kameradschaftsbund Usedom (KBU) angehören. Auch in anderen Landesteilen nahm die rechtsextremistische Szene den Jahrestag des Kriegsendes zum Anlass, um der *„Opfer von Front und Heimat im Kampf gegen Bolschewismus und Kapitalismus westlicher Prägung zu gedenken“* (Störtebeker-Netz vom 10.5.01). Besondere Beachtung fand in diesem Zusammenhang für den Autor des im Internet veröffentlichten Textes die Tatsache, dass in Greifswald *„erstmal nach der Wende keine linken Hetzveranstaltungen statt (fanden), die den 8. Mai nach altem DDR-Muster in den sogenannten Tag der Befreiung umlogten.“*

Ebenso wurde der 13. Februar (1945), der Jahrestag der Bombardierung Dresdens, von Rechtsextremisten im Land genutzt, um verschiedene Aktionen wie Kranzniederlegungen durchzuführen (zuletzt 2002 in Anklam). Wesentliches Motiv für das Beschreiten des Feldes „Nationale Vergangenheit“ ist der innerhalb der Szene und bei deren Sympathisanten herrschende Eindruck, dass bestimmte Aspekte der Geschichte in der öffentlichen Darstellung zu kurz kommen oder tabuisiert werden. Dieses macht insbesondere eine Demonstration im vergangenen Jahr in Rostock (22.09.01) deutlich. Etwa 300 Personen der rechtsextremistischen Szene aus Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Berlin demonstrierten für die Umbenennung der „Ilja-Ehrenburg-Straße“ im Stadtteil Toitenwinkel. Der Aufruf einer „Bürgeraktion – Unsere Zukunft – der Rostocker Bürger für Volksaufklärung, Meinungsfreiheit und Unabhängigkeit“ zielte auf einen Solidarisierungseffekt bei den Einwohnern von Rostock ab. In einem bei der Demonstration verteilten Flugblatt wurden die von der Roten Armee beim Einmarsch verübten Greuelthaten in einem Zusammenhang mit Aufrufen von Ehrenburg

gebracht: *„Der Wahl-Sowjet jüdischer Herkunft war einer der schlimmsten Kriegshetzer, er hat zu hunderttausenden Verbrechen aufgestachelt (Anm.: an der deutschen Zivilbevölkerung)...die Stadt Rostock ehrt diesen Mordhetzer sogar, indem sie eine Straße...nach ihm benennt“.*

Herausragendes Ereignis für die rechtsextremistische Szene sind die alljährlichen Gedenkveranstaltungen anlässlich des Todestages von Rudolf HEß um den 17. August. Nach der letzten zentralen Veranstaltung mit 1.300 Demonstranten in Wunsiedel, dem Begräbnisort von HEß, im Jahr 1990, wurden dort in den folgenden Jahren weitere Veranstaltungen behördlich untersagt. Die Szene reagierte hierauf mit entsprechenden Ersatzveranstaltungen, die 1991 mit 1500 Teilnehmern in Bayreuth, 1992 mit 2000 Personen in Rudolstadt und verschiedentlich sogar im Ausland stattfanden.

Erstmals seit zehn Jahren fand im Jahr 2001 eine zuvor gerichtlich erstrittene Gedenkkundgebung wieder in Wunsiedel statt, an der sich ca. 900 Rechtsextremisten beteiligten.

Beflügelt von dem juristischen Erfolg vor dem Verwaltungsgerichtshof Bayern wurden von dem Veranstalter, einem bekannten Hamburger Rechtsanwalt, für die nächsten Jahre gleich weitere Kundgebungen angemeldet.

Seinem diesjährigen Aufruf zur zentralen Gedenkveranstaltung in Wunsiedel folgten zwischen 2.500 bis 3.000 Personen der rechtsextremistischen Szene, darunter auch Rechtsextremisten aus dem Lande.

Unabhängig von den o.g. zentralen bundesweiten Aktionen nahmen hiesige Neonazis den Todestag von HEß in den vergangenen Jahren regelmäßig zum Anlass für landesweite Aktionen wie Aufmärsche, Mahnwachen und Plakatierungen.

Die Neonaziszene versucht, ihren politischen Einfluss jedoch nicht nur über Veranstaltungen auszudehnen, sondern sie unterhalten auch Kontakte zur „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) sowie zu deren Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN). NPD und JN üben auf viele Kameradschaftsmitglieder wegen ihrer Offenheit auch für neonazistische Ausrichtungen und des propagierten „Kampfs um die Straße“ eine gewisse Anziehungskraft aus. Bei zahlreichen rechtsextremistischen Demonstrationen während der letzten 10 Jahre fungierte die NPD bzw. ein NPD-Funktionär als Demonstrationsanmelder, tatsächlich setzte sich dann aber das Teilnehmerfeld ganz überwiegend aus Kameradschaftsangehörigen zusammen, so zuletzt beispielsweise bei der „Nationalen Demonstration“ gegen die Schließung des „Clubs 18“ am 10.08.02 in Sassnitz (Rügen).

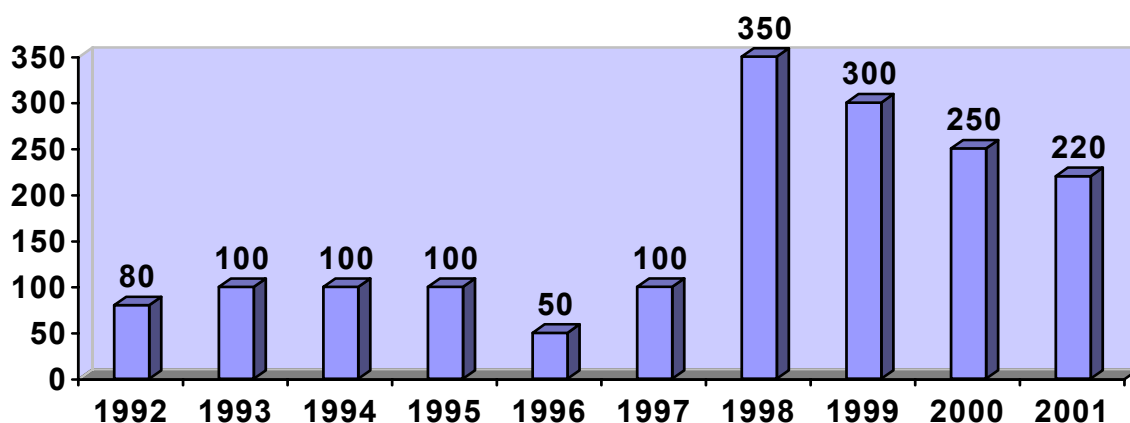
Gerade in der Zeit vor den Bundestagswahlen 1998 engagierten sich viele Kameradschaftsmitglieder im Wahlkampf der NPD, traten der Partei als Mitglied bei und unterstützten die Partei z.B. beim Plakatieren. Besonders am 19. September 1998 kam es in Rostock zu einer großen Demonstration zur Unterstützung der NPD. Es wurde hierzu bundesweit mobilisiert. Letztlich kamen mehr als 3000 Rechtsextremisten nach Rostock.

Nach dem mageren Abschneiden der NPD bei der Bundestagswahl 1998 (die Partei erreichte nur knapp über 1 % der Stimmen in Mecklenburg-Vorpommern) und dem Nichteinzug in das Parlament wandten sich „Kameraden“ wieder von der Partei ab und fanden sich in den Kameradschaftszusammenhängen wieder. Im Bundestagswahlkampf des Jahres 2002 wurde die NPD weder von rechtsextremistischen Skinheads noch von Neonazis nachhaltig unterstützt. Trotz aller Bemühungen lässt sich im Ergebnis feststellen, dass es den Neonazis nicht gelungen ist, ihrem hochgesteckten Ziel einer bundesweiten personellen und technischen Vernetzung entscheidend näher zu kommen.

IV.3 Rechtsextremistische Parteien

IV.3.1 Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

Mitgliederzahlen der NPD in MV 1992 - 2001

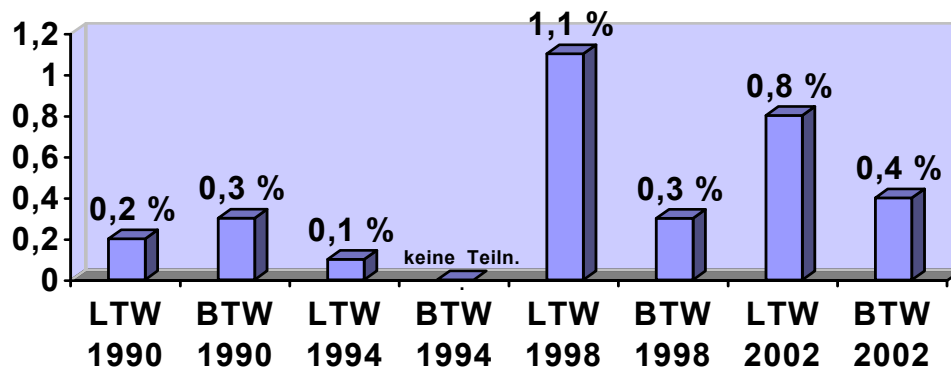


Die NPD hatte ihre größten Erfolge kurze Zeit nach ihrer Gründung im Jahre 1964. So erreichte sie 1967 und 1969 mit 28.000 Mitgliedern ihren Höchststand; zwischen 1965 und 1969 errang sie Mandate in mehreren Landtagen. Nach dem knappen Scheitern mit 4,3 % der Stimmen bei der Bundestagswahl 1969 kam es zu einem raschen Niedergang der Partei, der –

insgesamt betrachtet – über mehrere Jahrzehnte andauerte. Auch die Ablösung des langjährigen Bundesvorsitzenden Martin MUSSGNUMG durch Günter DECKERT im Juni 1991 brachte nicht den erhofften Aufschwung. Im Gegenteil: DECKERTs für viele Mitglieder unverständlicher Aktionismus sowie seine Sympathien für revisionistisches Gedankengut führten zu scharfer Kritik und stürzten die NPD erneut in eine Führungskrise.

Erst mit dem seit März 1996 amtierenden Parteivorsitzenden Udo VOIGT kam es zu einer strategischen und ideologischen Neuorientierung, die die NPD – auch und gerade in den neuen Bundesländern – von den konkurrierenden rechtsextremistischen Parteien DVU und

Ergebnisse der NPD bei Bundes- und Landtagswahlen in MV seit 1990



REP erkennbar abhebt.

Dabei kompensiert die NPD ihre anhaltende Erfolglosigkeit als Wahlpartei – ihr bestes Ergebnis erzielte sie bei der Landtagswahl in Sachsen am 19. September 1999 mit 1,4% der Stimmen – durch eine verstärkte aktionistische Orientierung: Seit Oktober 1997 verfolgt die Partei mit ihrem sogenannten „Drei-Säulen-Konzept“ einen „Kampf um die Straße, die Köpfe und die Parlamente“. Im Rahmen dieser Strategie hat sich die NPD für alle Rechtsextremisten geöffnet, die ihre Ziele und Programmatik akzeptieren, darunter auch Skinheads und Neonazis. Dieses zeigt sich in der Öffentlichkeit besonders daran, dass es die Partei seit geraumer Zeit versteht, bei Demonstrationen – u.a. gegen die an verschiedenen Orten in Deutschland präsentierte „Wehrmachtsausstellung“ – eine größere Personenzahl – vereinzelt mehrere Tausend Personen - zu mobilisieren. Ideologisch sieht man sich als Speerspitze einer „sozialrevolutionären Erneuerungsbewegung“, die das Ziel eines „deutschen Sozialismus“ mit bestimmten antikapitalistischen Elementen verfolgt. Das abgelaufene Jahr war für die NPD stark geprägt durch das laufende, beim Bundesverfassungsgericht anhängige und von allen

drei Verfassungsorganen angestrengte Verbotsverfahren. Die NPD ist gegenwärtig mit etwa 6.500 Mitgliedern (1992: 5000) die drittstärkste rechtsextremistische Partei mit Organisationsstrukturen in allen Bundesländern.

Die NPD in Mecklenburg-Vorpommern war im Jahre 1992 organisatorisch und personell noch sehr schwach entwickelt; sie verfügte damals über ca. 80 Mitglieder und entfaltete insgesamt nur wenige Aktivitäten. Als Sitz der Partei fungierte Rostock, wo der damalige Landesvorsitzende Harry PIEL seinen Wohnsitz hatte. Für Aufsehen sorgten in dieser Zeit die von der NPD gegen Asylbewerber gerichteten Aktionen im Raum Boizenburg/Hagenow (Landkreis Ludwigslust). Der damalige Vorsitzende des Kreisverbandes Hagenow stand sogar im Verdacht, im Juli 1992 zu einem Brandanschlag auf das Asylbewerberheim in Bahlen bei Boizenburg aufgerufen zu haben. Er wurde später wegen versuchten Mordes, schweren Landfriedensbruchs, schwerer Brandstiftung und versuchter schwerer Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und sechs Monaten verurteilt. Eine mutmaßlich von der NPD gesteuerte Initiative „Rostock bleibt deutsch“ (auch „Mecklenburg bleibt unser“) agitierte in der Zeit vor den Anschlägen in Rostock-Lichtenhagen im August 1992 ebenfalls aggressiv gegen Ausländer und Asylbewerber.

In den Jahren 1993 und 1994 konsolidierte sich die Landespartei mit ca. 100 Mitgliedern auf niedrigem Niveau. Lag der Schwerpunkt der NPD anfänglich im westlichen Teil des Landes – in den Regionen Schwerin und Ludwigslust konnten schon früh einigermaßen funktionierende Strukturen festgestellt werden – wurde erstmals 1994 die Existenz eines Kreisverbandes in Greifswald bekannt; ein Zusammenhang mit dem geschlossenen Austritt der Mitglieder des REP-Kreisverbandes in Greifswald wurde vermutet. Die NPD beteiligte sich 1994 an der Europawahl, der Landtagswahl und den Kommunalwahlen, wobei sie – wie erwartet worden war – jeweils weit unter der 5%-Hürde blieb. Bei der Europawahl erreichte sie 0,3% , bei der Kommunalwahl in Schwerin 1,4% und in Boizenburg/Hagenow (neuer Kreis: Ludwigslust) 1,49% der abgegebenen Stimmen. Bei der Landtagswahl erzielte die NPD lediglich 0,1%. Mit der Wahl von Dr. jur. Hans-Günther EISENECKER zum Landesvorsitzenden am 25. Februar 1995 schaffte es die NPD – wenn auch die Mitgliederzahl zunächst noch stagnierte – als einzige Partei aus dem rechtsextremistischen Spektrum, in weiten Teilen und zunehmend im Osten des Landes funktionierende und aktive Kreisverbände aufzubauen. Zu dieser Zeit gab die Partei auch regelmäßig eine

Mitgliederzeitschrift namens „Der Kamerad“ heraus, in der u.a. gegen Asylbewerber agitiert wurde.

Das Jahr 1998 brachte für die NPD Mecklenburg-Vorpommerns mit 350 eine deutliche Steigerung ihrer Mitgliederzahl. Parallel zur Entwicklung in der Bundespartei öffnete sie sich für junge Rechtsextremisten, unter ihnen auch Skinheads und Angehörige rechtsextremistischer Kameradschaften; zu ihrer Wahlkampfabschlusskundgebung in Rostock am 19. September 1998 vermochte sie 3000 Personen zu mobilisieren. Programmatisch beschränkte sich die NPD nicht länger auf „klassische“ Themen mit ausländerfeindlicher, antisemitischer oder revisionistischer Zielrichtung, sondern propagierte insbesondere in den neuen Bundesländern einen deutlich antikapitalistisch geprägten „nationalen Sozialismus“. Gleichzeitig versuchte die Partei – aus einem anti-amerikanischen/westlichen Affekt heraus - mit (national)kommunistischen Staaten wie Nordkorea oder China in Verbindung zu treten. Diese Tendenzen führten Ende 1998 zu einer Spaltung des NPD-Landesverbandes und zur Gründung einer neuen rechtsextremistischen Formation namens „Soziale Volkspartei“ (SVP) Anfang 1999 durch ehemalige (hochrangige) Rostocker NPD-Mitglieder. Die Mitgliederzahl der SVP belief sich anfangs auf ca. 50, sie trat jedoch politisch zu keiner Zeit nennenswert in Erscheinung und löste sich im Verlauf ihres Gründungsjahres wieder auf. Allerdings geriet die Partei im Zusammenhang mit dem ausländerfeindlichen Brandanschlag auf eine Pizzeria in Grevesmühlen (Landkreis Nordwestmecklenburg) im März 1999 in die Schlagzeilen, weil die Täter zum Teil Mitglieder der SVP waren. Bei der Landtags- bzw. Bundestagswahl am 27. September 1998 erzielte die NPD 1,1% (was eine deutliche Steigerung im Vergleich zu 1994 bedeutete; s.o.) bzw. 0,3% der Stimmen. Bei der Europawahl am 13. Juni 1999 schnitt die NPD in Mecklenburg-Vorpommern mit 0,6% überdurchschnittlich im Vergleich zum Bundesergebnis (0,4%) ab. Die gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen erbrachten für die NPD landesweit 0,5% (Greifswald: 1,9%; Kreistag Mecklenburg - Strelitz: 1,8%; Kreistag Ludwigslust: 1,6%; Stralsund: 1,5%; Rostock: 1,2%; Kreistag Landkreis Parchim 1,0%).

Bis Mitte 2000 sank die Mitgliederzahl der Landes - NPD auf etwa 200, stieg im Zuge der Verbotsdiskussion wieder auf ca. 250 an, um gegenwärtig bei ca. 220 zu oszillieren. In einem Beitrag im NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme“ vom September 2000 erklärte der NPD-Landesvorsitzende EISENECKER (der bis zum jüngsten NPD-Bundesparteitag im März 2002 in Personalunion auch als stellvertretender Bundesvorsitzender fungierte), der Mitglieder-rückgang sei notwendig gewesen, um den qualitativen Ausbau nicht durch „destruktive Mit-

glieder“ zu gefährden. Eine Sonderstellung innerhalb des Landesverbandes nimmt seit etwa Ende 2000 der Kreisverband Greifswald unter seinem Vorsitzenden Maik SPIEGELMACHER ein. Die dortige Gliederung der NPD veranstaltete seitdem – zum Teil in Zusammenarbeit mit „ungebundenen“ Neonazis, sogenannten „Freien Nationalisten“ – eine Vielzahl von Informationsständen und Demonstrationen, häufig unter unverfänglichen Parolen (z. B. „Freiheit ist auch immer die Freiheit des Andersdenkenden – Argumente statt Verbote“). Daneben etablierten sich in Greifswald (bzw. von dort ausgehend) verschiedene NPD-dominierte, themen- und anlassbezogene „Initiativen“, – wie die aktuell agierende „Bürgerinitiative zur Wahrung der Grundrechte“ sowie die „Schülerinitiative für freie Meinungsäußerung und – bildung“ - die scheinbar neutral auftretend mannigfache öffentlichkeitswirksame Aktivitäten entfalte(te)n. Zur Strategie der Greifswalder NPD gehört es augenscheinlich, durch Hilfsangebote und soziale Dienste verschiedenster Art breite Bevölkerungsgruppen aller Altersgruppen für sich zu gewinnen und sich als „Ordnungsfaktor“ in der Region zu etablieren. Den „Krieg in Afghanistan“ nutzte die NPD im Herbst 2001 zu landesweiten „Friedensdemonstrationen“ und „Mahnwachen“. Kontinuierliche und öffentlich wahrnehmbare Aktivitäten gehen zurzeit von den NPD-Kreisverbänden in Anklam, Demmin, Waren, Müritz und Rostock aus.

Darüber hinaus gibt der Landesverband regelmäßig die Schrift „Ostsee-Stimme“ heraus.

Die NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) trat während des gesamten Berichtszeitraumes, soweit erkennbar, in Mecklenburg-Vorpommern politisch eigenständig nicht in Erscheinung; von Einzelmitgliedschaften ist allerdings auszugehen. Die NPD sicherte sich dagegen früh und dauerhaft ihre Vormachtstellung unter den rechtsextremistischen Parteien in Mecklenburg-Vorpommern.

IV.3.2 Die „Deutsche Volksunion“ (DVU) und „Die Republikaner“ (REP)

Bei den rechtsextremistischen Parteien wiesen sowohl die REP als auch die DVU im Jahr 1993 mit 23.900 bzw. 26.000 Mitgliedern den höchsten Bestand aus (gegenüber 2001; REP 11.500, DVU 15.000). Beide Parteien beanspruchten die Führungsrolle im organisierten Rechtsextremismus und werteten punktuelle Wahlerfolge jeweils vorschnell als Entscheidungen über die Rangfolge ihrer politischen Bedeutung.

Das Wiedererstarken rechtsextremistischer Bestrebungen zu Anfang der 90er Jahre spiegelte sich z.T. auch in den Wahlergebnissen wider. Allerdings blieb es bei Einzelerfolgen auf Landesebene und führte nicht zu einem Bundestrend. Den REP gelangen aufeinanderfolgende Wahlerfolge bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg (1992: 10,9%, 1996: 9,1%). Die

DVU konnte Sitze in mehreren Landesparlamenten erringen (1991 in Bremen 6,2%), 1992 in Schleswig-Holstein 6,3%, 1998 in Sachsen-Anhalt 12,9%, 1999 in Brandenburg 5,2).

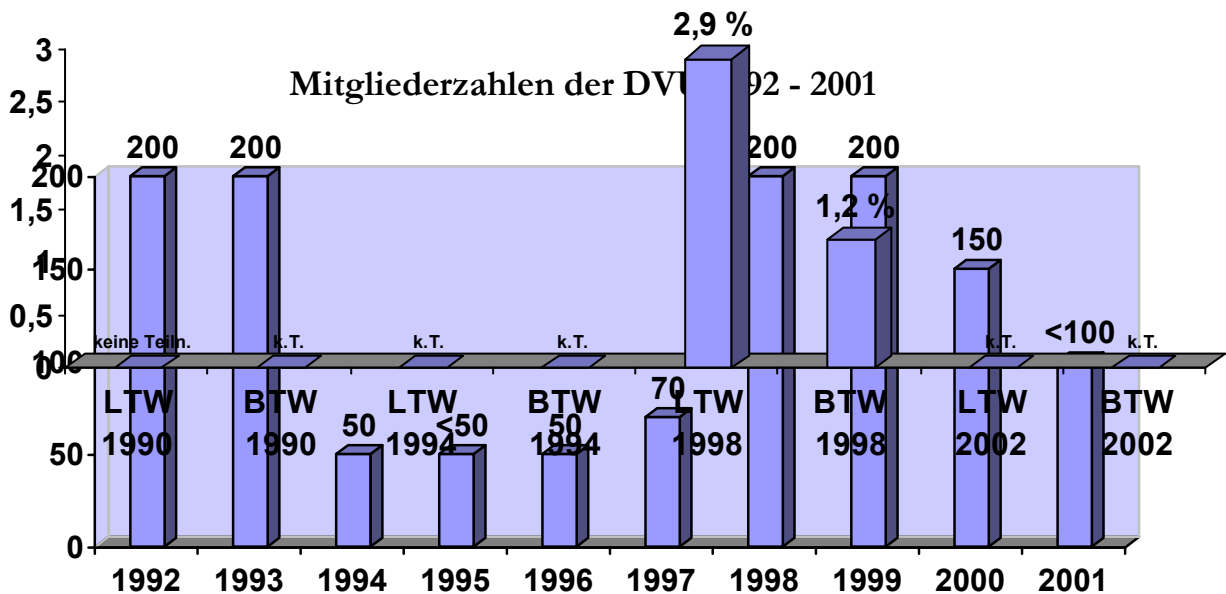
Rechtsextremisten machen vielfach die organisatorische Zersplitterung im „nationalen Lager“ für die wahlpolitische Erfolglosigkeit verantwortlich. Rein rechnerisch verhinderte allerdings die bestehende Konkurrenzsituation lediglich bei den Bürgerschaftswahlen 1993 in Hamburg den Einzug der Rechtsextremisten in ein Regionalparlament (REP: 4,8%, DVU: 2,8%).

Rechtsextremistische Hoffnungen auf eine einheitliche Sammlung der Kräfte erfüllten sich nicht. Keine der rechtsextremistischen Parteien entwickelte sich zum Kristallisationskern. Anfang der 90er Jahre waren vielfach die REP und die DVU als solche gehandelt worden. Verhandlungen (wie zwischen den DVU-Bundessitzenden Dr. Gerhard FREY und Franz SCHÖNHUBER 1994), Wahlabsprachen (wie z.B. zwischen DVU und REP 1998/99) und diverse Sammlungsbewegungen (u.a. „Runde Tische“ 1995/96) blieben erfolglos.

Intern reagiert der DVU-Bundesvorsitzende Dr. Gerhard FREY mit Ausschlussverfahren auf eigenständige Profilierungsversuche einzelner Regionalpolitiker. Als Hauptmedium zur Popularisierung seiner „deutschtümelnden“ Vorstellungen dient FREY die auflagenstarke „National-Zeitung“.

Innerhalb der REP existiert eine handlungsfähige Minderheit gegen den jeweils gesteuerten Kurs des Bundesvorsitzenden. So legten der „Ruhstorfer Beschluss“ (1990), der eine Unvereinbarkeit zu anderen rechtsextremistischen Parteien zum Ziel hatte und die zahlreichen Ausschlussverfahren, als Folge der Machtkämpfe zwischen REP-Bundesvorsitzen Dr. Rolf SCHLIERER und seinen Gegnern, immer wieder Bruchstellen in der Partei offen. Grundlage der Konflikte ist neben persönlichen Differenzen um die Führungsrolle immer die Frage der verbalradikalen Ausrichtung der Partei und ihr Verhältnis zu anderen rechtsextremistischen Organisationen.

Ergebnisse der DVU bei Bundes- und Landtagswahlen in MV seit 1990



IV 3.2.1 Aktivitäten der „Deutschen Volksunion“ (DVU) in MV

Seit 1992 versucht der Landesverband der „Deutschen Volksunion“ (DVU) MV vergebens im Lande Fuß zu fassen und flächendeckend Parteistrukturen aufzubauen. Ihre Mitgliederzahlen schwankten im Berichtszeitraum zwischen 50 und 200 Mitgliedern.

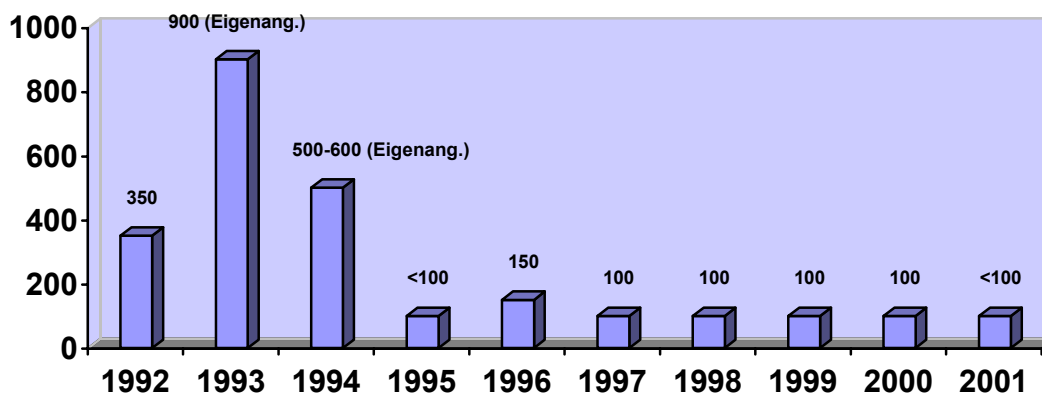
1998 betrieb sie einen aufwendigen Wahlkampf. Es wurden u.a. landesweite und kostenintensive Postwurfsendungen durchgeführt sowie zahlreiche Info-Stände.

An der Bundestags- und Landtagswahl am 27. September 1998 scheiterte sie letztlich jedoch an der 5% Hürde, dies ist zum Teil auf ihre autoritären Strukturen und auf den damaligen Landtagskandidaten sowie Negativbeispiele von wenig überzeugender Parlamentsarbeit in anderen Bundesländern, zurückzuführen. Gleichwohl erzielte sie bei der Landtagswahl MV in insgesamt 182 Gemeinden Ergebnisse von 5% und mehr (ohne Briefwahlergebnisse, die Gemeinden sind nicht identisch mit Wahlkreisen).

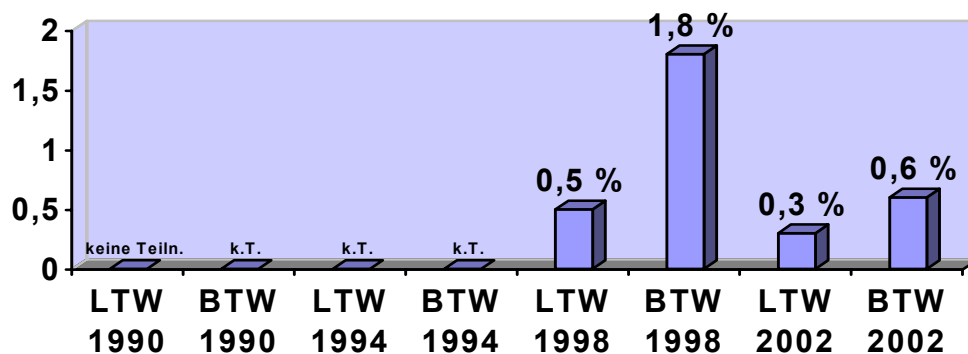
IV.3.2.2 Aktivitäten der „Republikaner“ (REP) in MV

Im Berichtszeitraum ist es der Partei „Die Republikaner“ (REP) im Lande nicht gelungen arbeitsfähige Strukturen aufzubauen. Aktivitäten mit Außenwirkungen – abgesehen von Wahlbeteiligungen – waren und sind nicht zu verzeichnen.

Mitgliederzahlen der REP 1992 - 2001



Wahlergebnisse der REP bei Bundes- und Landtagswahlen in MV seit 1990



V. Rechtsextremistische Kommunikationsmedien

Auch in Mecklenburg-Vorpommern spielen rechtsextremistische Kommunikationsmedien eine zunehmende Rolle, um die nach wie vor vorhandene Zersplitterung der heterogenen Szene zumindest informationell zu überwinden.

V.1 Mailboxen

In den 80er und Anfang der 90er Jahre übernahmen Rechtsextremisten das Prinzip der Kommunikation über Mailboxsysteme von den „Linken“. Dabei handelt es sich um über das Telefonnetz miteinander verbundene Computer, deren einzelne Nutzer („User“) bei einzelnen Mailboxen registriert sind, die gemeinsam mit anderen das Mailboxverbundsystem darstellen. Die Nutzer können untereinander Mails austauschen oder Mitteilungen in verschiedenen Rubriken („Brettern“) einstellen, die den übrigen Nutzern zugänglich sind und die zu diesen Mitteilungen Stellung nehmen können. Einzelne Brettbereiche sind in hierarchischer Form mit verschiedenen Unterebenen gegliedert und können nur von bestimmten Usern nach Prüfung der entsprechenden „Bonität“ eingesehen werden. Mit solchen spezifizierten Zugriffsebenen soll die Einsichtnahme in eventuell brisante (z.B. strafrechtlich relevante) Inhalte durch Unbefugte verhindert werden. Auch besteht die Möglichkeit, Mails in verschlüsselter Form zu versenden, z.B. durch das bekannte System „Pretty Good Privacy“ (PGP), das auch bei der Kommunikation im Internet Anwendung findet.

Wesentliche rechtsextremistische Mailboxsysteme waren „Thule-Netz“, „Nordland-Netz“ und „Thing-Netz“. In Mecklenburg-Vorpommern waren verschiedene Einzelpersonen aus dem rechtsextremistischen Spektrum daran als einfache Nutzer oder auch – im Falle der Mailbox „Störtebeker.BBS“ bzw. „Reuterbox“ – als Betreiber beteiligt.

Die graphische Oberfläche dieses Mediums war schlicht und enthielt neben dem reinen Text nur einzelne wenig anspruchsvolle optische Elemente. Auch konnte auf diesem Wege nur ein eng begrenzter Personenkreis angesprochen werden, was dem eigentlichen Zweck rechtsextremistischer Propaganda, Außenstehende von den eigenen Vorstellungen zu überzeugen und eine gewisse Außenwirkung zu erreichen, zuwiderlief. Mit der Verbreitung des Internet als Massenmedium verlor die Kommunikation via Mailboxen vollständig an Bedeutung.

V.2 Rechtsextremistische Infotelefone

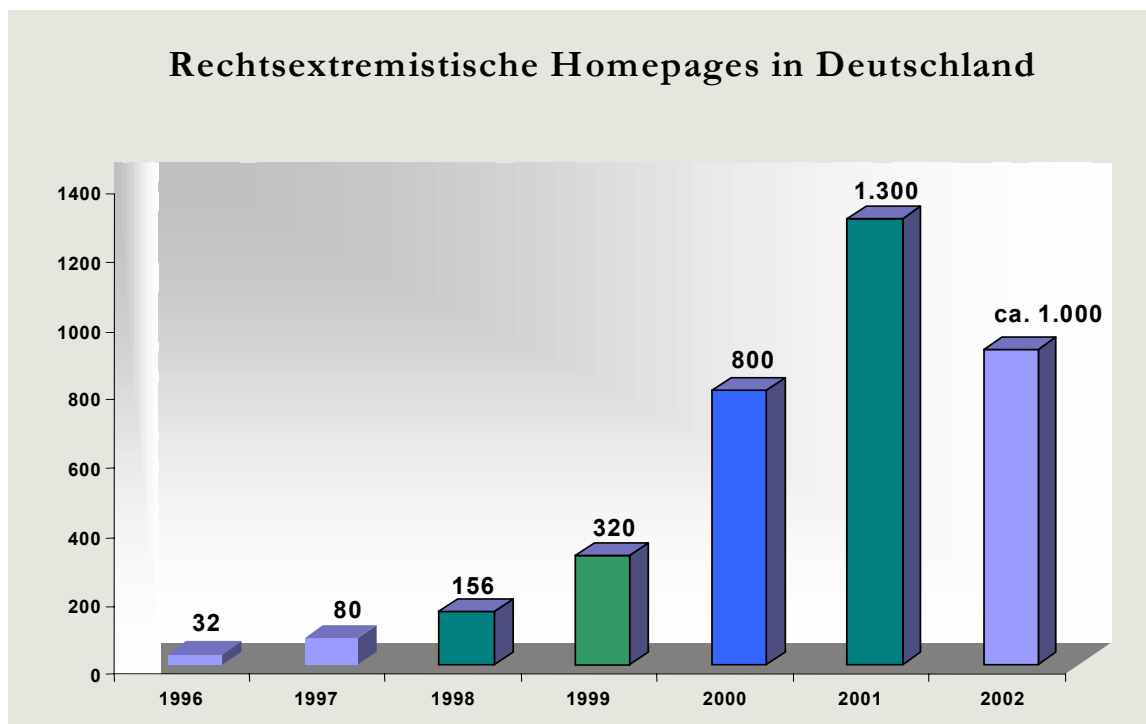
Ein wesentlicher Bestandteil der angestrebten kommunikativen Vernetzung innerhalb der rechtsextremistischen Szene sind die seit Jahren von Neonazis bundesweit unterhaltenen, für

jedermann zugänglichen „Nationalen Infotelefone“ (NIT), auch wenn deren Anzahl bundesweit rückläufig ist. Sie stellen einem breiten Nutzerkreis ohne technischen Aufwand (nur in Form eines Anrufbeantworters, dessen Ansage abgehört wird) kurzfristig aktuelle Informationen insbesondere zu Veranstaltungen zur Verfügung und dienen damit der Mobilisierung der Szene.

Im Mai 1998 richtete ein schleswig-holsteinischer Neonazis einen Anschluss seines „Nationalen Infotelefon“ (NIT) auch in Mecklenburg-Vorpommern ein, zunächst in Rostock, verlegte diesen aber später nach Stavenhagen. Im Jahr 2001 stellte der Verantwortliche sowohl die Ansagen seiner NIT als auch (zum Ende des Jahres) den Informationsdienst auf seiner Internet-Seite ein.

Unter der Rostocker Telefonnummer ist seit Mitte 1998 ein dem „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Norddeutschland“ (NSAN) zuzurechnendes „NIT Mitteldeutschland, Regionalanschluss Mecklenburg“ in Betrieb, das sich Mitte 1999 in "Freies Infotelefon Norddeutschland" (FIT) / „FIT Mecklenburg“ umbenannte und einen weiteren Regionalanschluss in Hamburg einrichtete. Die Ansage einer weiteren Schaltung in Ostvorpommern („FIT Pommern“), pünktlich zum 20. April 2001 in Betrieb genommen, wurde im Januar 2002 wieder eingestellt.

V.3 Internet



Die zunehmende Bedeutung des Internet in allen Lebensbereichen spiegelt sich auch in den Aktivitäten von Rechtsextremisten wider. Zu den Vorteilen, die diese Kommunikationsform gerade Extremisten bietet, zählen u.a.:

- ⇒ Relativ große Sicherheit vor Strafverfolgung bei strafbaren Inhalten
- ⇒ Kostengünstige Möglichkeiten der Darstellung der politischen Ziele
- ⇒ Hoher Verbreitungsgrad der Informationen
- ⇒ Ungehinderte Kommunikation, ggfls. auch verschlüsselt, über nationale Grenzen hinweg.

Die Zahl der von deutschen Rechtsextremisten betriebenen Homepages ist nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz aufgrund von Exekutivmaßnahmen und Sperrungen durch Provider von ca. 1.300 Ende 2001 auf etwa 1.000 im Jahr 2002 zurückgegangen.

Nur ein geringer Teil davon ist Szeneangehörigen aus MV zuzurechnen. Aber auch hier sind Rechtsextremisten im Internet vertreten, u.a. der NPD-Landesverband und verschiedene Kreisverbände, Neonazis, rechtsextremistische Kameradschaften und entsprechende Einzelpersonen. Qualität und Aktualität der Seiten sind allerdings sehr unterschiedlich, die Fluktuation ist sehr groß.

Die „Redaktion“ des „Störtebeker-Netzes“, der bislang am intensivsten betreuten rechtsextremistischen Internet-Seite in MV, kündigte Ende September 2002 an, sich *„bis auf weiteres, sagen wir mal aus einer Stimmung politischen Überdrusses heraus, fürs erste aus dem tagesaktuellen Nachrichtengeschehen zurückzuziehen“*.

Seit 1998 konnte man fast täglich die entsprechend eingefärbte Meinung der Verantwortlichen zum politischen Geschehen nachlesen, wobei die Misserfolge der rechtsextremistischen Szene insbesondere bei Wahlen breiten Raum einnahmen; dies führte u.a. zu heftigen Auseinandersetzungen mit Szeneangehörigen im Raum Stralsund / Greifswald. Die *„Tageschronik des nationalen Lagers“* fällt, so ist dem zitierten Beitrag zu entnehmen, wenig ermunternd aus. Die Szene verliert damit ein auch überregional bekanntes Medium.

VI. Ausblick

In den vergangenen 10 Jahren war das Lagebild geprägt durch die Existenz einer starken gewaltbereiten und rechtsextremistischen Verhaltensmustern folgenden Jugend- und Jungerwachsenenszene mit allenfalls örtlich auftretenden vereinzelt Kleinorganisationen (sog. „Kameradschaften“) sowie schwachen Ansätzen rechtsextremistischer Organisation im Bereich der Parteien mit schwankendem Mitgliederbestand und lediglich partiellen Zuwachsraten.

Die jüngste Entwicklung weicht im Hinblick auf die Strukturen zwar nicht wesentlich von der bisherigen Lage ab, aber es fallen zwei Trends auf:

- die Zahl der Gewalttaten ist deutlich zurückgegangen und
- es werden mehr öffentlichkeitswirksame Protest- oder Propagandaaktionen zu den verschiedensten aktuellen Themen durchgeführt.

Ob dies ein politisch motivierter Wandel ist oder eine Reaktion auf staatliche Repression kann gegenwärtig nicht hinreichend bewertet werden.

Es spricht allerdings vieles dafür, dass insbesondere die seit längerem stabilen „Kameradschaften“, aber auch die NPD, auf ihre Überzeugungskraft setzen und Gewalt aktuell als kontraproduktiv für die Erreichung ihrer Ziele ansehen. Zudem glauben sie sich offenbar in einem Umfeld, das ihnen Sympathien entgegenbringt.

Sollte dies so sein, so könnte eine beharrliche politische Arbeit vor Ort bei gleichbleibenden sozialen und ökonomischen Problemen im Lande den Kreis der Menschen, die der Demokratie skeptisch gegenüberstehen, erweitern. Das rechtsextremistische Potential würde wachsen. Gegenwärtig zeigen die Wahlergebnisse jedoch einen eher gegenläufigen Trend auf.

Dies dürfte auch damit zusammenhängen, dass das Thema Zuwanderung im Wahlkampf eher eine nachgeordnete Rolle gespielt hat. Gerade dieses Politikfeld wird jedoch von den Rechtsextremisten in besonderer Weise besetzt. Sollte die Asyl - und Zuwanderungsproblematik wieder pointierter im politischen Raum diskutiert werden, könnten die Rechtsextremisten wieder an Boden gewinnen.

Die mit der Zuwanderung verbundenen Ängste in der Bevölkerung bieten rechtsextremistischen Gruppierungen einen erfolversprechenden Ansatz für die Vermittlung eigener Politikmodelle. Sollte es ihnen gelingen, der Öffentlichkeit auf diesem Feld eine wie auch immer geartete Problemlösungskompetenz zu verdeutlichen, könnten sie - auch bei Wahlen - aus ihrem Nischendasein hervortreten, wie dies Anfang der neunziger Jahre kurzfristig zu

beobachten war.¹⁶ Insoweit bedarf gerade das Thema der Zuwanderung eines sorgfältigen Umganges. Es eignet sich nicht für kurzfristige populistische Kampagnen und zwingt die demokratischen Parteien zu einem Konsens, der die Ängste und Zweifel der Bevölkerung ernst nimmt.¹⁷

Die Entwicklung macht zudem deutlich, dass Repression zwar weiterhin notwendig ist, zur Lösung der o.a. politischen Probleme jedoch nur sehr wenig beitragen kann. Der strategische Ansatz der Rechtsextremisten zielt verstärkt auf die Köpfe gerade junger Menschen. Im Bereich der Prävention muss daher künftig ein Schwerpunkt im Bildungsbereich gesetzt werden.

¹⁶ Markus Klein, Jürgen W. Falter, Die dritte Welle rechtsextremer Wahlerfolge in der Bundesrepublik Deutschland, in: Jürgen W. Falter, Hans-Gerd Jaschke, Jürgen R. Winkler (Hrsg.), Rechtsextremismus, Ergebnisse und Perspektiven der Forschung (PVS Sonderheft 27/1996), Opladen 1996, S. 310f.

¹⁷ Kai Arzheimer, Harald Schoen, Jürgen W. Falter, Rechtsextreme Orientierungen und Wahlverhalten in : Wilfried Schubarth, Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland – Eine Bilanz, Opladen 2001, S.242